

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Das Ergebnis der Konferenz im Haag

Die Konferenz im Haag der am Young-Plan beteiligten Regierungen ist am 31. August beendet worden. Sie hat nach längeren inneren Kämpfen und Krisen, bei denen sie wiederholt ergebnislos auseinanderzugehen drohte, mit einem Resultat abgeschlossen, das Deutschland wesentliche Erleichterungen gegenüber dem jetzigen Zustande bringt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Volksvertretungen der einzelnen Staaten zum Young-Plan kann als Ergebnis der Konferenz im einzelnen festgestellt werden:

1. Der Young-Plan mit den gegenüber dem Dawes-Plan wesentlich niedrigeren Jahreszahlungen tritt am 1. September 1929 in Kraft.

2. Das besetzte Gebiet wird geräumt, der Abzug der Engländer und Belgier beginnt in 14 Tagen (also Mitte September), und muß bis zum 15. Dezember beendet sein. Ebenso ziehen die Franzosen aus der zweiten Zone (Koblenz) zu der gleichen Zeit ab; in der dritten Zone (Mains) wird die Räumung durch die Franzosen zu dem gleichen Zeitabschnitt beginnen, sie muß in diesem Gebiet bis aller spätestens 30. Juni 1930 beendet sein. (Die deutsche Forderung ging dahin, daß die Räumung auch in der dritten Zone wesentlich früher, aller spätestens aber bis 1. April 1930 beendet sein sollte.)

3. Deutschland zahlt 30 Millionen Mark, die Besatzungsmächte 30 Millionen, davon wird die künftige Besatzung bezahlt; werden die Besatzungskosten höher als 60 Millionen Mark, zahlen den Mehrbetrag die Besatzungsmächte. Deutschland wollte, daß die Besatzungskosten vom 1. September 1929 ab voll und ganz von den Besatzungsmächten gezahlt werden. Das ist von den anderen abgelehnt worden. Der Gegensatz in dieser Frage war der Hauptdifferenzpunkt der letzten Stunden.

4. Eine besondere Kontrollkommission für das geräumte Gebiet, die von den Franzosen gefordert wurde, wird nicht eingesetzt. Es wurde nur festgelegt, daß die bereits durch den Locarnovertrag geschaffenen deutsch-belgischen und deutsch-französischen Schiedskommissionen für Fragen der Entmilitarisierung des Rheinlandes (Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages) zuständig sind. Ferner wurde festgestellt, daß Deutschland in Streitfragen auch an den Völkerbundsrat appellieren kann.

5. Die Forderung, bei den Verhandlungen im Haag zu gleicher Zeit auch die Räumung des Saargebietes zu erreichen, ist nicht erfüllt worden. Es ist lediglich ein Notenaustausch zwischen Briand und Stresemann vereinbart worden, in dem festgestellt wird, daß die Saarfrage eine ausschließlich deutsch-französische Angelegenheit ist, die die anderen Konferenzteilnehmer nicht berühre und die in bald einzuleitenden direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geklärt werden soll.

Der Fortschritt des Young-Planes gegenüber dem Dawes-Plan ist hier schon mehrmals nachgewiesen worden, so daß wir nicht noch einmal darauf eingehen. Entschieden müssen wir uns nun aber dagegen wehren, wenn etwa die Lastenverringerung von rund 500 Millionen Mark im Jahre zu Steuererleichterungen der bestehenden Klasse verwandt werden soll, dagegen dringende Wohlfahrtsaufgaben wie die

Unterstützung des Wohnungsbaues weiter liegen bleiben oder gar wie die Arbeitslosenversicherung abgebaut werden sollen. Der Deutsche Reichstag wird spätestens Ende September nach Beendigung der Völkerbundstagung in Genf zusammentreten und die Vereinbarungen vom Haag ratifizieren müssen. Da wahrscheinlich die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz gleichzeitig mit auf der Tagesordnung stehen wird, weil sie schon am 1. November 1929 in Kraft treten soll, wird es schwere Auseinandersetzungen geben. Dabei muß man hoffen, daß alle Parteien, die arbeiterfreundlich sind oder es sein wollen, die Anschläge der Reaktion erfolgreich abweisen.

Die zweite Erleichterung, die frühere Räumung des besetzten Gebietes, wie sie der sogenannte Versailler Friedensvertrag vorsieht, ist dank der Bemühungen der deutschen Regierungsvertreter, die tatkräftig von der englischen Arbeiterregierung unterstützt wurden, zugestanden worden. Die Labour Party erfüllt jetzt ihr Wahlversprechen und zieht, gefolgt von Belgien, sämtliche englischen Truppen aus dem besetzten deutschen Gebiet zurück. Damit übte sie nun auf die noch immer mit der Räumung zaudernde französische Regierung einen Druck aus, so daß diese sich nun auch bequemt, mit der Räumung zu beginnen. Einzusehen ist aber nicht, warum aus angeblich technischen Gründen die Zurückziehung der englischen und belgischen Truppen bis zum 15. Dezember 1929 und noch viel weniger die der französischen bis zum 30. Juni 1930 hinausgezögert werden soll. Unwillkürlich wird man hier an den Waffenstillstandsvertrag von Compiègne erinnert, der von den deutschen Millionenheeren verlangt, mit ihrem riesigen Kriegsmaterial, den schlechten, über und über belasteten Eisenbahnen, auf geographisch viel tiefer und ausgedehnter liegenden Besatzungsgebieten, innerhalb 14 Tagen bis hinter die deutsche Grenze zurückzugehen. Dem Geiste des Vertrages von Locarno, der Befriedung Europas und des dauernden freundschaftlichen Verhältnisses, das sich zwischen Frankreich, Deutschland und den anderen ehemaligen Kriegsmächten anbahnen soll, würde es viel besser entsprechen, wenn die gesamte Räumung spätestens am 1. November 1929 vollendet sein würde. Wie schwer das besetzte Gebiet unter der militärischen Fremdherrschaft leidet, zeigen die Telegramme, die der Oberpräsident der Rheinprovinz und einige rheinische Stadtverwaltungen der Reichsregierung zusandten. Darin bedanken sie sich schon jetzt für das Erreichte, wonach die Räumung in den nächsten Monaten schon erfolgt. Daß Deutschland für die noch entstehenden Besatzungskosten dreißig Millionen Mark beisteuern muß, ist ein schmerzliches Kapitel für sich.

Erfreulich ist aber, daß durch das Haager Abkommen Deutschland die lästigen Kontrollkommissionen, deren es sich seit dem Abschluß des Versailler Vertrages nacheinander und im einzelnen „aufreuen“ mußte, endgültig los wird.

Als ungelöste Frage ist noch übriggeblieben die Saarfrage. Nach dem Versailler Vertrag soll nach 15 Jahren (also im Jahre 1935) die Saarbevölkerung durch Volksabstimmung darüber entscheiden, ob ihr Land dem Deutschen Reich wieder eingegliedert werden oder ob es zu Frankreich gehören soll. Den französischen Imperialisten sind diese Trauben inzwischen sehr sauer geworden, so daß sie kaum noch darauf rechnen, sie verspeisen zu können. Da die Haager Konferenz die Klärung der Frage auf den direkten Verhandlungsweg zwischen Deutschland und Frankreich verwiesen hat, so muß verlangt werden, daß diese Verhandlungen bald beginnen und daß dieses kerndeutsche Land ohne viele Umstände dem Deutschen Reiche unverzüglich zurückgegeben wird.

Die deutschen Gewerkschaften werden sich für die Ratifikation des Young-Plans und so auch für das Haager Abkommen einsetzen müssen, weil damit wesentliche Erleichterungen für die deutsche Wirtschaft eintreten werden. Wir verkennen keineswegs die Schwere des Bleigewichts der Milliarden, die das deutsche Volk auch nach dem Young-Plan noch jahrzehntelang schleppen muß, aber gemessen an der vollen Auswirkung des Dawes-Paktes sind die Young-Lasten doch wesentlich erträglicher. Den Gewerkschaften und der

Sozialdemokratischen Partei wird es nun leichter möglich sein, reaktionäre Anschläge auf die Sozialpolitik abzuwehren und sozialpolitische Fortschritte eher zu erzielen.

Wir zweifeln nicht, daß der Reichstag die Ratifikation ausspricht, denn nicht nur dürften die Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition dafür stimmen, sondern es ist auch nicht anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei ihren „besten Mann“, den Minister Stresemann desavouiert. Das oppositionelle Geschrei der Deutschnationalen ist zudem nicht ernst zu nehmen. Es geschieht nur aus parteipolitischen Gründen. Sie haben seinerzeit dem erheblich schlechteren Dawes-Plan zur Annahme verholfen, sie werden mit dem Young-Plan nicht anders verfahren, wenn es auf ihre Stimmen ankommt; haben sie doch dem französischen Ministerpräsidenten Briand kürzlich erst wissen lassen, daß sie keine bösen Löwen sind, sondern lauter Hans Schnocks. Sie haben Herrn Briand versichert, daß sie genau dieselbe Außenpolitik treiben würden wie die jetzige Regierung, wenn sie wie zu Zeiten des Bürgerblocks die Zügel der Regierung noch in der Hand hätten.

Und die Kommunisten? Darüber können wir uns vielleicht unterhalten, wenn die Sache im Reichstage vorbei ist!
G. Renner.

Planmäßige Produktionspolitik

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat seinen Vorschlägen zur Reform der Arbeitslosenversicherung eine Durchschnittszahl von 1,1 Million Arbeitslosen zugrunde gelegt. Man hat diese Zahl als zu hoch gegriffen bezeichnet. Das dürfte zutreffen, wenn auch nicht für das Jahr 1929. Denn obgleich unter der Wirkung einer sich langsam vollziehenden Besserung der Wirtschaftslage die Arbeitslosigkeit in der ersten Jahreshälfte zurückging, haben wir bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegenwärtig noch immer mit rund 1 Million Arbeitslosen zu rechnen. Dabei macht sich bereits wieder in verschiedenen Industrien ein Abflauen der Geschäftslage und ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Wenn diese Zunahme zunächst auch nur gering ist, so zeigt sie doch an, daß die krisenhafte Stagnation des Wirtschaftslebens weiter anhält und noch keinerlei Anzeichen für ihre Ueberwindung erkennbar sind.

Im Hinblick auf diese Wirtschaftslage wird viel vom Sparen geredet. Besonders die Unternehmer werden nicht müde, dem Volke, dem Staat und der Wirtschaft Sparjamkeit zu predigen. Sie weisen auch auf die Objekte hin, die Gegenstand dieser Sparjamkeit sein sollen und fordern: Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, sparsamere öffentliche Wirtschaft, Herabdrückung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, Ermäßigung der Steuern, Verkehrstarife, Herabsetzung der sozialen Lasten usw. Den gleichen Sparjamkeitsdrang bringen die Unternehmer der privaten Wirtschaft gegenüber zum Ausdruck. Ihnen selbst merkt man freilich davon nichts an. Um so eifriger sind sie dabei, die Gehälter und Löhne ihrer Arbeitnehmer niedrig zu halten sowie durch eine mit allen Mitteln geförderte Kartellierung, Konzentrierung und Rationalisierung der Industrie zu weiterer Verbilligung der Produktionskosten und Erhöhung der Gewinne zu gelangen. Alles das geschieht unter der Parole: Herbeiführung einer planmäßigen Produktionspolitik.

Ganz sicher sind diese Bestrebungen für die Unternehmer nicht erfolglos geblieben. Ihre Kartelle und Konzerne haben die Produktion weitgehend monopolisiert und besonders in den sogenannten Schlüsselindustrien eine nahezu unbeschränkte Herrschaft ausgedehnt, die sie in den Stand setzt, Umfang und Tempo der Erzeugung als auch die Höhe der Preise zu diktieren. Es besteht kein Zweifel darüber, daß hierbei nach bestimmtem Plane gearbeitet wird. Die Verbraucher wie Arbeiter haben jedoch von den Vorteilen dieser „planmäßigen Produktionspolitik“ noch nichts kennengelernt, so verlockend sie auch geschildert wurde. Weder die

Herabdrückung der Produktionskosten, noch die wiederholten Ermäßigungen der Steuern, Gütertarife usw. hatten eine Verbilligung der Preise zur Folge. Statt dessen treten die Schattenseiten dieser Politik in der Stagnation des Verbrauchs und der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit immer schärfer hervor.

Die Arbeitslosigkeit ist keine Erscheinung der neuen Zeit und auch nicht allein auf Deutschland beschränkt. Wir treffen sie auch in England, wo seit Beendigung des Krieges dauernd 1 bis 1½ Millionen Menschen arbeitslos sind; in geringerem Umfange in anderen kapitalistischen Ländern. Schon vor dem Kriege hatten wir in Deutschland ein ständiges Arbeitslosenheer, das in normalen Zeiten ungefähr 100 000 Köpfe umfaßte, in Krisenzeiten bis zum fünffachen Umfange answoll. Letztere bildeten aber noch verhältnismäßig seltene Ausnahmen, während wir gegenwärtig, zeitweise mehr oder weniger abgeschwächt, die Krise in Permanenz haben. Unter diesen Umständen hat die Arbeitslosigkeit sowohl wegen ihres größeren Umfanges, wie als Dauererscheinung eine sehr viel schwerer ins Gewicht fallende wirtschaftliche Bedeutung.

Diese erschöpft sich nicht in den durch die Unterstützung der Arbeitslosen entstehenden Lasten, obgleich sie nicht unerheblich sind. Im Jahre 1928 betragen die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung rund 1100 Millionen Mark, denen ein Gegenwert nicht gegenübersteht. Das ist ein sehr beträchtlicher Ausfall für die Wirtschaft wie für den Haushalt der Arbeiter. Weit schwerer wiegt aber der Ausfall an Arbeitskraft und der hierdurch veranlaßte Verlust an wirtschaftlichen Gütern. Professor Dr. Hirsch schätzt den Goldwert des Arbeitsjahres je Kopf der in Industrie und Handwerk Beschäftigten im Gesamtdurchschnitt auf 2850 Mk. Uebertragen wir dieses Schätzungsergebnis auf das in Deutschland vorhandene und zurzeit ständige Arbeitslosenheer, so stellt sich ein jährlicher Verlust von nicht weniger als 3100 Millionen Mark heraus. Das ist ein Betrag, der die von Deutschland nach dem Dawes-Vertrag zu zahlenden Reparationsleistungen ganz erheblich übersteigt.

Dieser Tatsache gegenüber berührt es eigenartig, wenn wir sehen, daß während von den Unternehmern die Reparationslasten fortgesetzt als wirtschaftlich unerträglich und auf die Dauer unaufbringlich bezeichnet werden, die durch die Arbeitslosigkeit entstehenden Verluste fast gar keine Erwähnung finden. Soweit es geschieht, bekämpft man lediglich die Höhe der den Arbeitslosen

gewährten Unterstützungen und trachtet danach, sie ganz oder doch zum wesentlichen Teile in Wegfall zu bringen. Die Ursache dieser Unterstützungen, die Arbeitslosigkeit, läßt man dagegen unerörtert und stellt sich auf den Standpunkt, daß sie zwar ein unangenehmes aber unabwendbares Uebel ist, mit dem sich die Arbeiter abzufinden haben. In dem Programm ihrer planmäßigen Produktionspolitik haben die Unternehmer hierüber nichts vorgesehen.

Bei der Eigenart der kapitalistischen Produktionspolitik ist diese Stellung der Unternehmer erklärlich. Ihr Ziel ist allein die Erhaltung und Erhöhung des Unternehmerrgewinns. Alles was von ihnen als Zweck dieser Politik nebenbei von Pflege des Gemeinwohls, Wahrung der allgemeinen Interessen usw. betont wird, sind leere Phrasen. In Wirklichkeit betrachten sie alle sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen als Ausfluß sentimentaler Anwendungen sowie die hieraus erwachsenden Aufwendungen als Lasten, denen sie sich nach Möglichkeit zu entziehen suchen.

Das „Planmäßige“ der kapitalistischen Produktionspolitik beschränkt sich allein darauf, die industrielle Erzeugung dem Absatz anzupassen, d. h. zu verhüten, mehr an Waren zu produzieren, als voraussichtlich zu den vorgesehenen Preisen und ohne den Gewinn zu schmälern verkauft werden kann. Der Bedarf, die Kaufkraft der Verbraucher sowie die Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte bleiben dagegen völlig unberücksichtigt.

Unter dem Drucke dieser Produktionspolitik mit monopolistisch hochgehaltenen Preisen muß sich der Warenabsatz und die ihm zugrunde liegende Nachfrage nach Waren in ver-

hältnismäßig engen Grenzen halten und erheblich hinter der Erzeugungsfähigkeit der Industrie zurückbleiben. Dennoch wird weiter rationalisiert, womit sich das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Absatzfähigkeit fortgesetzt erhöht. Die Folge ist, daß die so gerühmte kapitalistische planmäßige Produktionspolitik auf der einen Seite die Kaufkraft der Bevölkerung immer weiter untergräbt und auf der anderen Seite ohne Rücksicht auf die Schädigung der Wirtschaft das Arbeitslosenheer immer stärker anschwellen läßt.

Der Kapitalismus betreibt eben mit seiner Produktionspolitik nur Güter- und Bereicherungswirtschaft. Demgegenüber ist es an der Zeit, endlich zu einer Menschenwirtschaft zu gelangen. Es kann in einer vernünftigen Wirtschaftsordnung nicht als notwendig angesehen werden, daß ständig über 1 Million Menschen vorhanden sind, die arbeiten wollen, trotz dieses Willens aber zur Arbeitslosigkeit und zu Lebensbedingungen verurteilt bleiben, die menschenunwürdig sind. Nur verzweifelter Fatalismus kann die Aufgabe für unlösbar betrachten, diesen Zustand zu beseitigen. Eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Sparsamkeit erfordert, daß die Arbeitskraft der Arbeitslosen nicht nutzlos vergeudet, sondern dem Gemeinwohl dienstbar gemacht wird. Die kapitalistische Produktionspolitik vermag dies nicht, womit sie ihre Unfähigkeit zur Lösung der ihr gestellten Aufgaben bewiesen hat. Eine Aenderung und Beseitigung der bestehenden Mißstände ist nur von einer planmäßigen gemeinwirtschaftlichen Produktionspolitik zu erwarten, die nicht die Bereicherung einzelner, sondern das Wohl der Gesamtheit aller Volksgenährigen als Ziel verfolgt.

III.

Der 33. deutsche Krankenkassentag in Nürnberg

II.

Die „vorbeugende Zahnpflege“ behandelte Prof. Dr. Kantorowicz, Direktor des Zahnärztlichen Universitäts-Instituts Köln. Auf diesem Gebiete sind gewiß sehr große Fortschritte erzielt worden. Wie eng war doch die Leistungspflicht der Krankenversicherung hier noch vor etwa 25 Jahren begrenzt! Karies der Zähne allein galt im allgemeinen nicht als Krankheit. Erst wenn die Karies Schmerzen verursachte, waren die Krankenkassen verpflichtet, die schmerzhaften Zähne entweder ziehen oder plombieren zu lassen. Die Beseitigung der Karies an nicht schmerzhaften Zähnen galt als vorbeugende Maßnahme, zu deren Leistung die Krankenkasse nicht verpflichtet war. Gegenwärtig wird im Gegensatz hierzu immer größerer Wert auf Vorbeugung gelegt. Die Ausführungen sowie die Leitfäden des Referenten zeigten, daß auf diesem Gebiete noch viel zu tun ist. Er ging davon aus, daß die Erhaltung der Zähne eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesunderhaltung des Volkes sei. Wegen der erheblichen Kosten, die die Erhaltung stockiger Zähne verursacht, wären vorbeugende Maßnahmen notwendig. Konservierende Zahnbehandlung müßte durch wirksame Vorbeugungsmaßnahmen allmählich überflüssig gemacht werden. Als vorbeugende Maßnahmen forderte er: Bekämpfung der Rachitis bei Kindern. Ausbau der Schulzahnpflege und Ausdehnung derselben auf alle Fortbildungsschulpflichtigen unter Mitwirkung der Krankenkassen. Jährlich einmal Untersuchung aller jugendlichen Erwerbstätigen auch nach Entlassung aus der Fortbildungsschule.

Geschäftsführer Bohmann erstattete den Geschäftsbericht des Hauptverbandes. Er wandte sich dabei u. a. mit Recht gegen die Zulassung der privaten Krankenversicherung für die im Ausland auf Reparationskonto beschäftigten Arbeiter. Die privaten Krankenkassen wenden sich gegen jede Ausdehnung der Versicherungspflicht. Ihre Verwaltungskosten wären ungeheuer hoch. Er führte eine Kasse an, die für jedes gewonnene Mitglied eine Provision zahlt. (Inzwischen sind die privaten Krankenkassen sogar bemüht, die Krankenversicherung Arbeitsloser übertragen zu erhalten! Deren Behandlung soll durch fest angestellte Aerzte erfolgen.) Mit der Leipziger Aerzteorganisation bestehe eine Art Burgfrieden. Der Reichsverband der Zahnärzte boykottiere die Kassenzahnkliniken, da er grundsätzlich gegen Errichtung von Zahnkliniken sei.

Geschäftsführer Okraf behandelte die „Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ im Rahmen der Richtlinien über Gesundheitsfürsorge. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, den Vorstand des Hauptverbandes zu ermächtigen, folgendem Ab-

kommen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger zur Durchführung der Geschlechtskrankenfürsorge beizutreten:

1. Personenkreis.

Die Fürsorge der Versicherungsträger für Geschlechtskranke umfaßt: 1. Versicherte, d. h. Personen, die gegen Krankheit, Invalidität oder Berufsunfähigkeit versichert sind; 2. Empfänger von Renten aus der Invaliditäts-, Angestellten- oder Knappschaftlichen Pensionsversicherung; 3. nicht-versicherte Ehegatten, Witwen und Wälder Versicherter; 4. Kinder und Waisen Versicherter (§§ 1259, 1291 RVO., §§ 33, 58 RVO., §§ 40, 41, 61 und 62 RVO.); 5. sonstige nicht-versicherte Angehörige eines Versicherten oder Rentenempfängers aus der Reichssozialversicherung, die sich in seinem Haushalt befinden und von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden. — Die Versicherungsträger sind fernerhin bestrebt und bereit, die Maßnahmen ihrer Geschlechtskrankenfürsorge auf die übrige nicht-versicherte Bevölkerung auszuweiten, soweit sie minderbemittelt ist und sozial dem Kreise der Versicherten nahesteht, vorausgesetzt, daß die Kommunen (Fürsorgeverbände) nach besonderer Vereinbarung die hierdurch entstehenden Kosten übernehmen.

2. Leistungen.

Zu den Maßnahmen im Einzelfalle gehören:

1. Die Beratung und gesundheitliche Überwachung des Erkrankten (unter besonderem Hinweis auf die Einrichtung und den Zweck der Beratungsstelle).

2. Ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, Kur und Verpflegung in einer Anstalt (Anstaltspflege).

3. Beratung.

1. Für die Beratung, Erfassung und Überwachung der Geschlechtskranken sind von den Versicherungsanstalten gut geleitete und zweckmäßig ausgestattete Beratungsstellen für Geschlechtskranke in ausreichender Zahl zu unterrichten und zu unterhalten; bereits bestehende bewährte Beratungsstellen können gefördert werden.

2. Aufgabe der Beratungsstellen ist insbesondere die kostenfreie, streng vertrauliche Untersuchung und Beratung von Personen, die an Geschlechtskrankheiten leiden, gelitten haben oder zu leiden glauben, gleichviel, an welchen Teilen des Körpers die Krankheitserscheinungen auftreten.

3. Die Beratungsstelle hat dafür zu sorgen, daß der Erkrankte ungehindert der Behandlung zugeführt und — soweit erforderlich — der Antrag auf Heilmassnahmen (Wortlaut der Richtlinien § 7/34) bei der zuständigen Stelle gestellt wird. Sie hat auch den Erkrankten nach Abschluß einer Heilbehandlung fernerhin zu betreuen.

4. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Beratungsstelle trägt die Versicherungsanstalt. An den Kosten wird sich die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Reichs-Knappschaft nach der Zahl der Beratungen ihrer Versicherten (Angehörigen ihrer Versicherten) beteiligen. Falls die Beratungsstelle Nichtversicherten (d. h. I. Absatz 2) zur Verfügung gestellt wird, soll dieses von einer Kostenbeteiligung der Kommunen abhängig gemacht werden. — Gleiches gilt von den durch die Untersuchung in der Beratungsstelle entstehenden Kosten.

5. Mit der ärztlichen Leitung der Beratungsstelle soll zunächst ein

Facharzt (fachlich vorgebildeter Arzt) beauftragt werden, dem eine Hilfskraft für die Verwaltungsarbeiten nötigenfalls zur Seite zu stellen ist.

6. Die Mindestfahrgebühren bis zur nächstgelegenen Beratungsstelle werden auf Antrag dem nicht am Orte einer Beratungsstelle wohnenden ratsuchenden Kranken von der Beratungsstelle erstet.

7. Zur Sicherung der reiblosen Erfassung der Geschlechtskranken können Vereinbarungen mit der Ärzteschaft über die Durchführung der Meldungen, die Höhe einer Meldegebühr und dergleichen getroffen werden.

8. Die Krankenkassen melden der Beratungsstelle die ihnen bekannt werdenden Geschlechtskranken. Die Krankenkassen werden in die Krankenordnung eine Bestimmung darüber aufnehmen, daß Mitglieder, sobald sie bei sich oder bei ihren nichtversicherten Familienangehörigen eine Geschlechtskrankheit vermuten oder annehmen müssen, sofort bei der Beratungsstelle sich melden oder, falls das nicht möglich ist, lattenärztliche Behandlung in Anspruch nehmen oder diese veranlassen. Die geschlechtskranken Kassenglieder sind weiter zu verpflichten, auf Verlangen der Kasse, des Arztes oder der Beratungsstelle für Geschlechtskrante sich dieser vorzustellen, auf Vorladung wieder zu erscheinen und die von der Beratungsstelle getroffenen Maßnahmen zu befolgen, auch ihre geschlechtskranken Familienangehörigen dazu anzuhalten. Die Krankenkassen werden in den Kassenzustimmungsvereinbarungen darüber treffen, daß Kassenzustimmungsverträge Geschlechtskrante Mitglieder und Familienangehörige der Beratungsstelle melden.

9. Durch Vereinbarung mit den Kommunen ist ein enges Zusammenarbeiten zwischen Gesundheitsbehörde und Beratungsstelle sicherzustellen (Meldungen an die Beratungsstelle). — Es ist anzustreben, daß der Leiter der Beratungsstelle auch Mitglied des kommunalen Gesundheitsamtes ist.

4. Heilbehandlung.

1. Die Heilbehandlung Geschlechtskranker wird von den beteiligten Versicherungsträgern nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gemeinschaftlich durchgeführt. Sie erstreckt sich nur auf solche Erkrankungen, die nach dem Urteil des Arztes der Beratungsstelle ansteckungsfähig und behandlungsbedürftig sind.

2. Ist die behandlungsbedürftige Person noch nicht in Behandlung bei einem geeigneten Arzte, so weist sie die Beratungsstelle in allen dringlichen Fällen unmittelbar einem geeigneten Arzte zur Behandlung zu; bei einer krankenversicherten Person soll dies ein Arzt seiner Krankenkasse sein. Die Beratungsstelle ist gehalten, gleichzeitig die Entscheidung der Landesversicherungsanstalt darüber einzuholen, ob ein Fall der gemeinsamen Heilbehandlung vorliegt. — In allen anderen Fällen gibt die Beratungsstelle einen Antrag auf Heilbehandlung an die Landesversicherungsanstalt ab, die darüber entscheidet, ob ein Fall der gemeinsamen Heilbehandlung vorliegt. — Falls dies bejaht wird, weist die Landesversicherungsanstalt alsbald den Erkrankten, sofern er sich noch nicht in Behandlung bei einem geeigneten Arzte befindet, einem Arzte (bei krankenversicherten Personen einem Kassenzustimmungsverträge) zu. In allen Fällen der gemeinsamen Heilbehandlung benachrichtigt die Landesversicherungsanstalt den behandelnden Arzt davon, daß die Rechnungen an sie einzureichen sind. — Verneint sie die Frage, so hat die beteiligte Krankenkasse das Recht, den gemeinsamen Arzten anzurufen. Bis zur Entscheidung der Landesversicherungsanstalt bzw. des Ausschusses gehen die Kosten derjenigen Fälle, die unmittelbar von der Beratungsstelle an einen Arzt überwiesen sind, zu Lasten der gemeinsamen Kostentragung. — Handelt es sich um Personen, die bei der Angestelltenversicherung versichert sind, so entscheidet an Stelle der Landesversicherungsanstalt die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte oder die von ihr bestimmte Stelle. Entsprechendes gilt für die Reichsknappschicht.

3. Die Heilbehandlung beschränkt sich bei Syphiliskranken in der Regel auf drei bis vier in Zwischenräumen zu wiederholende Kuren. Die Behandlung erfolgt in der Regel ambulant. Krankenhausbehandlung wird nur aus zwingenden, gesundheitlichen Gründen gewährt. Demgemäß ist Anstaltspflege im allgemeinen nicht nur bei besonderer Schwere der Krankheitserscheinungen, sondern auch dann angezeigt, wenn eine sachgemäße Durchführung der Heilmassnahmen außerhalb des Krankenhauses nicht gewährleistet ist oder wenn nur durch Aufnahme in ein Krankenhaus eine Weiterverbreitung der Krankenkasse verhindert werden kann.

4. Die Beratungsstelle hat, soweit es die Verhältnisse zweckmäßig erscheinen lassen, durch eigene Untersuchung die Art und die sonstigen Umstände der Erkrankung festzustellen.

5. Für den Bezirk jeder Landesversicherungsanstalt wird ein Ausschuss zur Durchführung dieses Abkommens gebildet. Er besteht aus Vertretern der Krankenversicherung, die von den in dem Bezirk vertretenen Spitzenverbänden zu benennen sind, der Landesversicherungsanstalt und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und, soweit Interessen der Reichsknappschicht in Frage kommen, auch aus Vertretern dieses Versicherungsträgers. — Der Ausschuss kann insbesondere diejenigen Ärzte bezeichnen, die für die Behandlung der Erkrankten heranzuziehen sind. Er entscheidet ferner im Einzelfall bei Streit darüber, ob gemeinsame Heilbehandlung vorliegt. Bei Abstimmungen sind stimmberechtigt die Krankenkassenversicherung, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Landesversicherungsanstalt; jede dieser drei Gruppen hat eine Stimme.

6. Die Kosten der gemeinsamen Heilbehandlungen tragen die Renten- und Krankenversicherung gemäß den vorstehenden Bestimmungen je zur Hälfte.

Gemeinsam getragen werden die Kosten der ärztlichen Behandlung mit Einschluß der für die Behandlung des Geschlechtsleidens erforderlichen Arzneimittel, gegebenenfalls die Pflege- und Behandlungskosten, Arzneien und Verbandsmittel in Krankenhäusern und Heilstätten, die Reisekosten und das Hausgeld. Das Hausgeld bemittelt sich bei Personen, die der Krankenversicherung unterliegen, nach der Satzung der zuständigen Krankenkasse, bei anderen Personen nach § 1271 RVO. oder § 14 RVO.

7. Die Kosten der Beratungsstelle und die allgemeinen Verwaltungs-

kosten, die bei der Bearbeitung der Heilbehandlungsfälle entstehen, trägt die Landesversicherungsanstalt.

Auf Antrag einer Mitgliedskasse wurde der Vorstand außerdem beauftragt, Schritte zu unternehmen, damit die Reichsbahn für Reisende nach Gefangenenheimen ermäßigte Fahrpreise gewährt.

Anschließend sprach Dr. Teschendorf, Köln, über die „Bedeutung der Röntgendiagnostik und Strahlentherapie für die Sozialversicherung.“ Er machte die Teilnehmer mit den neueren Untersuchungen vertraut, damit bekannt werde, was für die Versicherten hier geleistet werden könne. Seine Ausführungen faßte Dr. Teschendorf in Leitsätze zusammen, die in der heutigen „Sanitätswarte“ wiedergegeben sind.

In der Diskussion sprach Prof. Dr. Liepmann, Berlin, der Leiter der Frauenklinik Cäcilienhaus. Er hielt die Röntgenologie gerade bei Frauenkrankheiten und Geburtshilfen für unentbehrlich. Bei Schwangerschaft könnten durch sie schwierige Komplikationen erkannt und beseitigt werden. Auch die Erfassung des Krebses sei ohne Röntgenologie und Radium nicht denkbar. Erst seitdem die Krankenkassen dem Cäcilienhaus seinerzeit eine reiche Radiumspende zugewandt hätten, sei eine energische Eindämmung der Krebserkrankungen möglich gewesen. Ambulatorisch könnten die Krebskranken nicht behandelt werden. Strahlentherapie und Radiumtherapie würden noch einmal führend in der Heilbehandlung werden.

Frau Dr. Döllhals, Berlin, sprach über „Schwangerenfürsorge“. Die Referentin ist Leiterin der Schwangerenfürsorge des Berliner Kasserverbandes, also auf diesem Gebiete besonders sachkundig. Erwerbstätig sind zwischen 16 und 20 Jahren drei Viertel, zwischen 25 und 30 Jahren die Hälfte und zwischen 30 und 60 Jahren ein Drittel aller Frauen. Viele Schwangere mühten ihre Kräfte bis zum äußersten anstrengen, um weiter zu arbeiten. Ueber 60 Proz. arbeiten noch bis in die letzten vier Wochen. Jährlich sterben in Deutschland noch 5000 Frauen bei der Geburt und im Wochenbett. Darum sei eine Schwangerenfürsorge durch die Krankenkassen von großer Bedeutung. Sie empfahl als Aufgaben der Schwangerenfürsorge:

„Hygienische Unterweisung der werdenden Mütter, ärztliche Untersuchung, Rechtsauskunft und fürsorgliche Vertreibung, Verbindung der Beratung und Behandlung im Interesse einer Frühbehandlung und Ersparrung unnötiger Wege.“

Ueber „Sexualberatung und Krankenversicherung“ sprach Dr. Bendig, Chefarzt der Ambulatorien des Berliner Kasserverbandes. Er wies darauf hin, daß Geschwängerte sehr häufig in die großen Städte abgeschoben werden und daß die Sterblichkeit unter den außerehlich Geborenen erheblich größer sei als unter den ehelich Geborenen. Je niedriger die Lebenshaltung, desto größer sei die Kinderzahl. In München sind bei 725 Familien mit durchschnittlich 3 bis 4 Kindern fast stets mehrere schwachinnige Kinder angetroffen worden. Die Kindersterblichkeit werde durch schlechte Wohnungsverhältnisse begünstigt. Unschuldig vorgenommene Aborte schädigen die Frau gesundheitlich sehr stark. Ehe- und Sexualberatungsstellen müssen bemüht sein, durch vorbeugende Mittel kriminelle Aborte zu vermeiden. Wo Eheberatungsstellen keine Schutzmittel ausgeben, werden die Beratungsstellen auch nur wenig in Anspruch genommen. Nur auf Grund der ärztlichen Untersuchung sei es möglich, das richtige Mittel zu geben. Die Krankenkassen hätten alle Veranlassung, auf dem Gebiete der Geburtenregelung zu arbeiten. Das kann aber nur durch Fürsorgemaßnahmen besonderer Stellen geschehen. Der Erfolg werde eine allgemeine Hebung des Gesundheitszustandes der Frauen und der Kinder sein. Er forderte die Schaffung von Ehe- und Sexualberatungsstellen, deren Träger grundsätzlich die Gemeinden als Träger der öffentlichen Gesundheitsfürsorge sein sollen. Um die Bereitstellung der notwendigen Mittel zu sichern, empfahl er die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Gemeinden und Krankenkassen.

Das Ergebnis der Tagung rechtfertigte die Anerkennung, die dem Hauptverband auch von Behördenvertretern dafür ausgesprochen wurde, daß er sich nicht nur mit Einzelfragen beschäftigt, sondern große Ziele verfolgt. Unsere Kollegen, die als Vorstands- oder Ausschußmitglieder in Krankenkassen tätig sind, müssen die im Rahmen dieses Berichts wiedergegebenen und vom Krankenkassentag beschlossenen Richtlinien Grundlage für ihre praktische Betätigung sein. Soweit eine Krankenkasse aber noch nicht dem Hauptverband angeschlossen ist oder einem anderen Krankenkassenverband angehört, muß es Aufgabe unserer Kollegen sein, auf den Beitritt ihrer Kasse zum Hauptverband hinzuwirken. Das gilt insbesondere auch für Betriebskrankenkassen. R. u. W. e. k.

Die Pflanze als Baumeister



er jemals das Bergische Land an der Wupper besucht hat, dem wurde gewiß geraten, sich das größte technische Wunder dieses „technischen Wunderlandes“, nämlich die Müngstener Eisenbahnbrücke, anzusehen. Hoch über dem Tale spannt sich dort kühn und elegant ein Bogen, aus der Entfernung zart wie ein Spinnennetz anzusehen — aber sicher und trotzig, wenn man oben steht oder im Zuge darüberrollt. Diese Müngstener Eisenbahnbrücke ist das mächtigste Bauwerk dieser Art in Deutschland, ja ich glaube auf unserem Kontinent. In 107 Meter Höhe spannt sie ihren eisernen Bogen 170 Meter weit über das ganze Tal, wie eine Riesenhand, mit der der Mensch Besitz ergreift vom Lande. Und die ganze Gebärde geschieht so leicht, so mühelos, als ob sie selbstverständlich wäre. Doch es stecken zwei Jahrhunderte Mathematik und Physik darin und eine außerordentliche Anstrengung des Menschengedankens.

Aber da steht nahe an dem Pfeiler ein gewaltiger Baum. Er reicht ein gutes Drittel an ihm empor. Er wagt es sogar, kühn sein Gleichgewicht aufs Spiel zu setzen, denn mächtige und schwere Feste sendet er ohne Stütze und gegenseitigen Halt weitab von der Mittellinie, die sein vom Menschen erkonnener Rivale so ängstlich festhält. Da kommt ein gewaltiger Windstoß, in dem der Winter sein Nahen verkündet. Und willig beugt sich ihm der Baumriese. Mächtig schlägt er mit den Ästen, tief senkt er seinen Wipfel und legt sich breit und schwer zur Seite. Aber ruhig pendelt er zurück, mit einer nachlässigen Sicherheit kehrt er zum festen Stand zurück. Wenn das der Brücke passiert, zertrübt sie wie Spreu. Sie darf nicht einmal soviel pendeln, daß man es von unten bemerkt, sonst zerfällt unser Menschenwitz. Und da fällt mir ein, daß es Tannen gibt, die fast so hoch werden wie die Müngstener Brücke, daß ein 170 Meter hoher Eukalyptus, neben sie gestellt, sie turmhoch überragt — wo ist ihr Baumeister? Daß ich den Hut noch tiefer vor ihm ziehe als vor dem Genie...

Die Bäume sind also noch besser gebaut als unsere feinsten Eisenkonstruktionen. Wie stellte das ihr Baumeister an? Davon soll dieser Artikel handeln.

Man lernt das erste darüber, so oft man Feldblumen nach Hause trägt. Denn man bringt diese welk und entkräftet heim. Man denkt, dies rühre davon, daß die Wasserspannung in Stengel und Blättern nachgelassen habe. Darum werden sie schlaff. So enthüllt sich der Druck als wichtiger mechanischer Faktor. In den Einzelzellen, in schwachen und kleinen Blümchen, mag er ja genügen, aber es ist offenbar: eine Tanne kann sich nicht durch Druck allein aufrecht erhalten. Schon fällt Alltagswissen ins Wort: Wir wissen es ja alle: das feste Holz der Bäume hält sie aufrecht. Und auf einmal fällt heller Schein auf den Zweck des Holzes. Es ist also mechanischer Nutzwerte halber da.

Die Wissenschaft bejaht diesen Gedankengang, muß aber manches an ihm richtigstellen. Sie macht darauf aufmerksam, daß schon ganz winzige Pflanzengebäude, daß schon einzellige Pflanzen sich ihren Halt nicht durch den Druck allein gewährleisten, sondern daß auch sie zu technischen Konstruktionen greifen. Diese muß man kennen, um das Wesen des Holzes zu verstehen.

Die einfachsten dieser Formen finden sich in jenen Pflanzenstücken, die zwei sehr schwierige Dinge in sich vereinigen müssen: sicheren Stand und ein beträchtliches Maß von Biegefestigkeit, mit der Fähigkeit zu ständigem Wachstum. Es ist hier der Natur die Aufgabe gestellt, die Müngstener Brücke so anzulegen, daß sie stets erhöht und erweitert werden kann. Und diese Aufgabe wird glänzend gelöst. Das zeigt jeder krautige Stengel, wenn wir ihn auf seinen Bau hin untersuchen. Die Stauden sind, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, für einen Techniker überaus interessante Wesen, aus deren Studium die Grundlagen einer großen und wertvollen Erfindung gewonnen werden könnten.

Das wesentlichste Festigungsgewebe der Gewächse, der Hartbast, der sich ausbildet, wenn ein Blütenzweig allmählich immer schwerer an den reisenden Früchten tragen muß, ist nichts anderes als ein System von Röhren, das an allen besonders in Anspruch genommenen Stellen eingelagert ist. Im einzelnen besteht der Hartbast aus solchen Röhrenzellen, wenn auch eine solche Bastfaser die gewohnten Zelldimensionen um ein Vielfaches zu überschreiten vermag. Bricht man einen Nesselstengel ab, so treten aus ihm lange Seidenhaare hervor, die sich nur mit ziemlichem Kraftaufwand zerreißen lassen. Es sind einzelne Bastzellen unter Umständen bis 77 Millimeter lang. Im Flachstengel können sie vier Zentimeter, im Hanfstengel einen Zentimeter lang werden, in der

tropischen Nessel Boehmeria sogar 25 Zentimeter. Immer aber sind es beiderseits zugespitzte dickwandige Röhren, in deren Wand sich Zellulose in eigener spiralförmiger Anordnung abgelagert. Gewährleistet das schon große mechanische Festigkeit, so wird sie noch um ein Vielfaches erhöht durch die solide Verkeilung der einzelnen Bastzellen, denen hierbei ihre Zugfestigkeit, die durch unsere hochentwickelte Technik kaum überboten werden kann. Der deutsche Botaniker Schwendener, dem wir alle grundlegenden Kenntnisse in dieser Materie verdanken, hat diese Behauptung mit interessanten Versuchen ermöglicht. Indem er mit lebendfrischen Bastriemen verschiedener Faserpflanzen experimentierte, gelangte er zu der Ueberzeugung, daß die Tragkraft des Bastes (für den Quadratmillimeter Querschnittsfläche) meist 15 bis 20 Kilogramm beträgt, in einzelnen Fällen aber auch 25 Kilogramm erreicht. Das wahre Interesse für diese Angaben erlangt man aber erst, wenn man vernimmt, daß Schmiedeeisen in Stäben nur 13,13 Kilogramm, bester deutscher Stahl aber auch nur 24,6 Kilogramm Tragkraft besitzt. Der Bast ist außerdem stärker dehnbar — also alles in allem ein technisches Hilfsmittel von geradezu idealer Güte. Das hat die Menschheit überall und allezeit erkannt, darum wurden Gespinnst- und Faserpflanzen, die Nesseln, der Flach, Hanf, die Jute, der neuseeländische Flach stets geschätzt und in den Dienst der Kultur gestellt.

Was aber der Bast für die Stauden und die krautigen Gewächse, das sind gewisse Holzelemente für die Bäume und Sträucher. Sie sind gleichsam das Knochengestüt der Bäume. Durch innigen Zusammenschluß und außerordentliche Verhärtung zu einer festen Masse, nämlich zu dem in seinen Eigenschaften allgemein bekannten Holz zusammengebacken, bildet sich gewissermaßen das innere Gerüst des Körpers und Schutz und Ansatzstelle aller inneren Organe, das, einmal ausgebildet, sich nicht mehr verändern kann, weshalb in ihm auch so wie in den Bastfasern alles Leben erstorben ist. So erhellt sich eine neuerliche brauchbare Anpassung der Pflanze. Im jugendlichen und unveränderlichen Organ ist der „Knochenbau“ selbst noch plastisch und erstarrt erst im ausgebildeten Teile.

Genügt dies jedoch allen Bedürfnissen? Die Augenorgane der Gewächse sind oft so mächtig und ausgebreitet, daß auch sie nicht allein durch den inneren Druck die zur Erhaltung ihrer Gestalt nötige Spannkraft aufbringen können. Es wäre ungenügend vorteilhaft, könnte man ihnen durch innere Stützen, so eine Art von Gräten, mehr Halt verleihen. Die Pflanze kam diesem Wunsche entgegen. So sehen wir denn überall in den Organen, in die Holz und Bast nicht mehr hineinreichen, also in Blättern, Früchten, ja sogar in größeren Pflanzenhaaren besondere mechanische Zellen zur Sicherung und Festigung hilfsbedürftiger Zellbauten. Bald da, bald dort ist ein Balken, eine knochenharte Platte, ein Träger eingeschoben, genau so stark, wie es nötig ist, genau an der Stelle, wo es nötig ist. Nur reicht die Notwendigkeit da in ganz merkwürdige Zusammenhänge hinein. Es ist uns nichts Befremdliches nach dem bisherigen, wenn in einem fleischigen Wurzelknollen oder in einem Blatte Hartteile eingestreut sind. Sie sichern den Halt, ermöglichen als Versteifungen der Blattspreite, sich flach auszuspannen wie ein Schirm, dessen Stahlspannen sie entsprechen, kurz, sie sind ebenso sinnreich und notwendig wie im Mörtel der Sand.

Nun erscheint es auch nicht mehr rätselhaft, wovor die Naturforschung bisher immer mit bangem Staunen stand, daß sich die Grundelemente der Festigungsgewebe nicht einzeln auf gut Glück zwischen die Organe einschleichen, sondern in festgeschlossener Verbindung, in wohlbedachtem System meisterhaft einen Stützbau in der Pflanze errichten, der unseren technischen Konstruktionen in nichts nachsteht, ja in manchem sogar überlegen ist.

Das Baumaterial der Festigungsgewebe hat, wie wir bereits angeführt haben, die mechanischen Eigenschaften des Eisens. Es ist also nur vernunftgemäß, wenn damit auch nach Art der Eisenkonstruktionen gebaut wird, wobei aber, soweit Bastzellen in Betracht kommen, das Gegenstück nicht so sehr in schmiedeeisernen Stäben oder gußeisernen Röhren, sondern in hohlen Drahtseilen gesucht werden müßte. Solche gibt es bekanntlich bei den menschlichen Bauten nicht oder doch nur in ganz untergeordnetem Maße, und insofern steht die Pflanze dem Hochbauingenieur noch immer als unerreichtes Vorbild da. Sie ist ein Erfinder und Baumeister, vor dem wir alle den Hut tief ziehen müssen...

R. F. Francé in der Wiener Arbeiter-Zeitung.

Das Rätsel des Elektrons

Die Wissenschaft ist drauf und dran, die ganze Welt in Elektronen und Protonen aufzuteilen, ohne daß wir viel von dem Wesen dieser Urbestandteile wissen. Der bekannte Spezialist auf dem Gebiet der Elektronentheorie, Professor Dr. Kirchberger, hat sie einmal wie folgt bezeichnet: Daß die Atome, aus denen aller Stoff besteht, aus positiven und negativen Elektrizitätsteilchen zusammengesetzt sind, daß dabei die positiven Teilchen den Kern ausmachen und die negativen Teilchen, eben die Elektronen, ihn umkreisen, wie die Wandelsterne der Sonne, wissen wir schon seit reichlich 20 Jahren ziemlich sicher. Aber damit ist über das eigentliche Wesen dieser Elektronen noch nichts ausgemacht. Von den beiden Urbestandteilen, den Elektronen und Protonen, sind die Elektronen deshalb wichtiger, weil sie uns immerhin noch eher zugänglich sind als die sich im Allerinnersten versteckt haltenden und deshalb ganz rätselhaften Protonen. Wir müssen also schon zufrieden sein, wenn wir dem Rätsel der Elektronen allmählich näherkommen und nach Untersuchung, die fast gleichzeitig in verschiedenen Ländern, vor allem in Deutschland, Frankreich, England, Amerika und Japan, angestellt wurden, geht auch ein völliger Umschwung unserer Anschauungen über ihr Wesen vor sich. Die Physiker haben sich zunächst die Elektronen als winzige Kugeln gedacht, die nach allen Seiten eine negative elektrische Kraft ausstrahlen. Das Elektron wurde auf diese Weise eine Art Kraftmittelpunkt, ein Energiekern. Obwohl uns die Natur fast immer nur bewegte Elektronen zeigt, wurde die Kraft als ruhend angenommen.

Jetzt hat Privatdozent Dr. Emil Rupp vom Forschungsinstitut der AEG. neue Erkenntnisse über das Wesen der Elektronen publiziert, die von weittragender Wichtigkeit sind. Jede wissenschaftliche Erkenntnis birgt praktische Anwendungen in sich. So hat z. B. die Erkenntnis der Wellennatur des Lichtes dazu geführt, gute Fernrohre und Mikroskope zu bauen. Die Erkenntnis, das Elektron sei eine geladene Kugel, führte zu einer Reihe praktischer Anwendungen. Es sei hier nur auf die Glühkathodenröhre (Radoröhre) und die Röntgenröhre verwiesen. In letzter Zeit sind aber nun Tatsachen festgestellt worden, die mit dem Bild des

Elektrons als geladenes Körperchen nicht übereinstimmen. Der Anstoß zu diesen Untersuchungen ging von den theoretischen Physikern aus (Einstein, de Broglie, Schrödinger). Man kann diese Tatsachen dahin zusammenfassen: Unter bestimmten Bedingungen verhält sich das Elektron nicht nur wie eine geladene Kugel, sondern wie eine Welle. Kugel und Welle verschmelzen im Elektron zu einer neuen Einheit. Dafür erbringt Rupp in seinen Untersuchungen den schlüssigen Beweis.

Er ging dabei von der Frage aus, wie man die Wellennatur einer Erscheinung nachweist. Um sie zu beantworten, mußte nach Interferenzen, nach Ueberlagerungen von Wellen gesucht werden. Rupp ging dabei von dem klassischen Beispiel eines Wellenvorganges, dem Licht aus. Mit sichtbarem Licht sind Beugungs- und Interferenzerscheinungen mühelos zu zeigen. Geht man zu ganz kurzwelligem Licht über, so erhält man schließlich die Beugungserscheinungen von Röntgenstrahlen. Man kann Beugungserscheinungen von Röntgenstrahlen durch Beugung an Einkristallen, Vielkristallen und dem geritzten Gitter darstellen. Alle diese Verfahren haben praktische Anwendung in der Materialprüfung und der Strukturuntersuchung gefunden. Für die Elektronen ist nun eine ähnliche Wellenlänge wie für die Röntgenstrahlen zu erwarten. Um also Interferenzen mit Elektronen zu bekommen, hat man die Verfahren für Röntgenstrahlen mit einigen Abänderungen auf Elektronen übertragen und bereits mit Erfolg durchgeführt. Im folgenden sei ein Versuch, Beugung am Gitter, den Rupp durchgeführt hat, beschrieben: Läßt man einen Elektronenstrahl unter streifendem Einfall auf ein geritztes Gitter fallen, so erhält man Beugungsbilder, die denen entsprechen, wenn Licht auf dasselbe Gitter auftrifft. Wie blaues Licht stärker abgelenkt werden kann als rotes, so werden langsame Elektronen langsamer gebeugt als schnelle.

Ohne Zweifel sind wir durch die Rupp'schen Arbeiten ein gutes Stück in der Erkenntnis der rätselhaften Elektronen vorwärts gekommen.

Wie meine Waldameise irrjinnig wurde

Sie war ein temperamentvolles Geschöpf wie die übrigen Mitinsassen des künstlichen Ameisennestes, half wie diese beim Transport der Baumaterialien, besorgte die Brut und stellte sich tüchtig zur Wehr, wenn man ihr zu nahe trat. In nichts unterschied sie sich von ihren Genossinnen.

Eines Tages traute ich meinen Augen kaum. Hatte ich Sinnes-täuschungen? Meine gute Waldameise mußte plötzlich verrückt geworden sein. So ganz anders benahm sie sich als früher. Das Tragen der Lasten und die Pflege der Larven und Konkons hatte sie völlig aufgegeben. Statt dessen lief sie schon seit mehreren Stunden ohne Raft und Ruh beständig in rechtsdrehenden kleineren und größeren, sich oft schneidenden Spiralgängen in dem Behälter herum, während sich ihre Kameradinnen ruhig in einer Nestschale aufhielten und ihrer Arbeit nachgingen. Was ihr auch auf dem Weg begegnet, wird blindlings angerannt, als ob sie trunken wäre. Auszuweichen versteht sie nicht mehr. Kommt sie zufällig mit einem hingelegeten Stückchen Zucker in Berührung, so leckt sie einen Augenblick daran und fort geht es alsbald wieder im Sturm-lauf. Merkwürdig ist auch ihr Verhalten, wenn sie einer Kollegin begegnet. Man weiß doch, daß Ameisen aus der gleichen Kolonie bei der Annäherung sich freundschaftlich mit den Fühlern betasten und begrüßen. Das hat unsere Kranke ganz verlernt. Wie einen Feind rempelt sie die Nestgenossinnen an, sie öffnet drohend ihre Kieferzangen und ergreift sie damit, bis jene durch den unerwarteten Ueberfall gereizt die Unholdin ebenfalls packt und ein Stück weit schleppt. Einmal sah ich, wie die Kranke mit einer ihrer früheren Freundinnen Kiefer in Kiefer verbissen rang, den Hinterleib nach unten einkrümmte und sie wie eine Feindin mit Gift zu bespritzen suchte. Welch außergewöhnliches Schauspiel innerhalb ein- und derselben Ameisenkolonie, in der sonst die größte Ordnung und Eintracht herrscht.

Aber durch ihre Krankheit ist unsere Ameise ein Fremdling unter ihresgleichen geworden. Sie kennt ihre Nestgenossinnen nicht mehr, ihre Gestalt und ihr Geruch machen einen ganz anderen Eindruck auf sie. Sie gebärdet sich wirklich wie ein Mensch, dessen

Zentralnervensystem gestört ist. Man muß mit einiger Einschränkung sagen, sie ist irrjinnig geworden.

Hören wir nun weiter die Krankengeschichte. Schon seit sechs Tagen dauert der Rundlauf meiner Patientin, nur unterbrochen von kleinen Ruhepausen, während deren sie gelegentlich mal stille sitzt und Toilette macht, indem sie ihre Fühler durch die als Haarbürste dienenden Endklauen der Füße zieht. Aber gleich darauf geht das tolle Rennen von neuem los, und zwar immer ohne Ausnahme in rechtsdrehenden Bewegungen. Betrachten wir einmal das Tierchen näher. Hat es vielleicht ein Bein oder einen Fühler eingebüßt und kann deshalb nicht mehr die gerade Richtung einhalten? Nein! Die Beine sind alle erhalten und auch nicht verkrüppelt. Aber der rechte Vorderfuß wird nachgeschleppt, ebenso schleift die rechte Antenne (Fühler) am Boden nach. Keine der beiden Fühler spürt wie eine Wünschelrute in der Luft umher wie bei anderen normalen Tieren. Sie versagen völlig ihren Dienst und nun wird es uns auch klar, weshalb die Irrjinnige ihre Kameradinnen anrennt und ihre Wut an ihnen ausläßt. Sie erkennt sie eben nicht mehr als Freundinnen, weil ihre Riech- und Tastorgane nicht mehr dazu befähigt sind. Wahrscheinlich ist sie auch blind, weshalb sie auf alle Hindernisse mechanisch losstürzt, obschon sie dadurch nur aus ihrem Kurs geworfen wird. Sie weiß nicht, wo sie bei ihrem Lauf eigentlich hingerät und nur die vorhandenen Hindernisse weisen ihr den Weg, so wie die Schienen dem heranbrausenden Eisenbahnzug die Richtung geben.

Zur Erklärung der sonderbaren Erscheinung machte ich nun einen kleinen Versuch. Ich amputiere einer anderen Waldameise den rechten Fühler. Doch, als wäre nichts geschehen, ging sie zielbewußt bald nach rechts, bald nach links und geradeaus. Die Außerdienststellung eines Beines hat denselben negativen Erfolg. Weder aus einer Fühler-, noch aus einer Beinverletzung kann daher der merkwürdige Rundlauf der kranken Ameise erklärt werden, und läge doch eine ähnliche Ursache vor, so hätte ich immer noch nicht den Schlüssel zum Verständnis des außergewöhnlichen seelischen Verhaltens der Nestgenossinnen gegenüber gefunden. Auch Blindheit könnte die Wutanfälle nicht rechtfertigen.

Es blieb also nichts anderes übrig, als die Waldameise (*Formica rufa pratensis*) auf Grund eines Gehirnleidens als „verrückt“ zu bezeichnen, und zwar war aus den rechtsseitigen Störungen auf eine linksseitige Gehirnkrankung zu schließen. Diese mußte dann sogleich als Ursache für die Lähmung und das Versagen des rechten Vorderbeines angesprochen werden.

Welcher Art diese Gehirnkrankung sein konnte, war mir freilich vorderhand nicht klar, aber eine Sektion der Leiche gab einen ganz überraschenden Aufschluß. Bisweilen kommt es vor, daß ein ganz anderes Krankheitsbild festgestellt wird, als von den behandelnden Ärzten bei Lebzeiten vermutet worden ist. In unserem Ameisenfall stimmte aber meine Diagnose wundervoll mit dem Sektionsbefund überein, der dahin lautete, linksseitige Erkrankung des Gehirns, und zwar in Form eines Tumors (Geschwulst). Das ist nun kein Fall, der in der Jesektenliteratur bis jetzt einzig dasteht, und das sollte in der Frage zur näheren Kenntnis des Ameisengehirns beitragen.

Dr. Brun, ein gewiegter Nervenarzt und Ameisenforscher ließ nicht nach, bis er alle Fäden des seltsamen Vorkommnisses in der Hand hatte. Wir müssen uns hier mit den Hauptergebnissen begnügen, aber „auch diese sind schon interessant genug und geben einen Einblick in den Mechanismus des Ameisengehirns. Aus der Untersuchung geht hervor: Durch den linksseitigen Sitz der Geschwulst erklären sich die rechtsseitigen Ausfallerscheinungen, die Lähmung des rechten Fühlers und des rechten Vorderbeines, ferner die rechtsseitigen Spiralsbewegungen. Das ist aber nur möglich, wenn eine Kreuzung der Nervenfasern innerhalb des Gehirns wie beim Menschen stattfindet.

Man stelle sich vor: Das nicht einmal Stecknadelkopfgroße Gehirn ist nicht wesentlich anders gebaut als das Gehirn eines Menschen. Hier wie dort Nervenzellen, Nervenfasern, Kreuzung der Bahnen, Zentren...

Und beide handeln — außer in der Krankheit — zweckmäßig. Und doch auch wieder welcher abgrundtiefer wesentlicher Unterschied. In einem Fall ein unbewußt, im anderen Fall ein bewußtzweckmäßiges Handeln. Der eine Teil erkennt den Gang seiner Mechanik und macht sie seinem Willen gefügig, der andere folgt blind dem Saufen ihrer Räder, wohin sie ihn auch immer treiben.

Dr. Staeger im „Kosmos“, Heft 6.

Der angezogene Fall der Gehirnkrankung einer Ameise zeigt uns nur insofern etwas Neues, als diese bei diesen Tieren bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. In der Psychiatrie sind uns heute die Fälle des Gehirntumors nichts Neues mehr; interessant ist immerhin, daß die Ausfallerscheinungen sowohl beim Menschen wie bei den Waldameisen genau die gleichen sind. Diesfach wird versucht, bei günstig gearteten Fällen den Tumor durch operativen Eingriff zu entfernen und damit das Leiden zu beheben. Doch ist die Operation in der Regel lebensgefährlich einmal deshalb, weil nur in wenigen Fällen der genaue Sitz des Tumors festgestellt werden kann und dann auch das Operieren an einer solchen lebenswichtigen Masse, wie es das Gehirn darstellt, äußerst schwer ist. Bis heute hat ein ganz erheblicher Teil von Tumorerkrankungen in den meisten Fällen zum Tode geführt, soweit der operative Eingriff nicht Abhilfe schaffen konnte.

D. R.

Der Asphaltsee

Ein Wunder Trinidads.

Nur wenige Weltreisende kennen die Insel Trinidad, die von den Eingeborenen „Paradiesischer Garten“ genannt wird. Die Insel wurde im Jahre 1498 von Columbus entdeckt. Der waghafte Matrose meldete, daß drei Berggipfel in Sicht wären; als sich aber das Schiff, auf dem sich der Entdecker Amerikas befand, der Insel näherte, konnte Columbus den wahren Sachverhalt feststellen. Die drei Berggipfel, die zuerst für drei verschiedene Inseln gehalten wurden, gehören in Wirklichkeit zu einem einzigen Stück Land im Ozean; deshalb erhielt das neuentdeckte Land den Namen „Trinidad“, d. h. Dreieinigheit.

Dicht vor der Insel strömt ein weißes Schaumband durch die See, die dort eine düstere schwarzgrüne Farbe hat — es sind die gewaltigen Fluten des Orinoco, die sich durch den sogenannten Drachenschlund ergießen, durch eine schmale und von Inseln besetzte Wasserstraße, die Trinidad von der Küste Venezuelas trennt. Die Schiffe haben es dort nicht leicht, gegen die starke Strömung zu fahren, deren Brausen wie eine unheimliche Musik tönt. Trinidad ist heute eine reiche Insel, nachdem es jahrzehntelang an der Aufhebung des Sklavenhandels geklitten hat, dessen Zentralstelle es

gewesen ist; die Fruchtbarkeit des Bodens ist außerordentlich groß und ermöglicht eine beträchtliche Ausfuhr von Kopra, Zucker und Kakao.

In der Mitte der Insel liegt die größte Sehenswürdigkeit Trinidads: der in der ganzen Welt einzig dastehende Asphaltsee „Pitshlake“ mit schwimmenden Erdschiffen. Auch sonst treten auf der ganzen Insel Asphalt- und Erdschiffbildungen, Schlammvulkane, Petroleumquellen und andere heiße Quellen auf. Der See besteht aus einer öligen Masse, die schwarz und glänzend und sonderbarerweise an einigen Stellen mit Gras bewachsen ist. Man kann auf dem Asphaltsee spazieren gehen — allerdings unter der Gefahr, mit den Schuhen in der klebrigen Masse stecken zu bleiben. Wenn an einer Stelle des Sees ein großer Block Asphalt herausgenommen wird, sieht man am nächsten Tag von dieser Prozedur keine Spur mehr, denn neue Asphaltformationen haben sich inzwischen unter den Strahlen der Sonne gebildet.

Die Natur als Lehrmeister

Rast am Waldesjaum. Butterstullen werden ausgepackt. Hei, wie das schmeckt nach zweistündiger Wanderung in freier Natur. Plötzlich ein Gezeter im nahen Dornbusch. Aufgesprungen und hingelassen sehen wir gerade noch, wie ein großer bunter Vogel im Walde verschwindet. — Heute haben wir die jungen schutzlosen Grasmücken vor dem Häher gerettet; ein stolzes Gefühl schwellt die Brust. Ob sie morgen auch beschützt werden?

*

Durch den hohen düstigen Buchenwald geht es mit lustigem Gesang dahin. Beim Eintritt in einen großen düsteren Tannenschlag ist auf einmal die Lust am Gesang vorbei, das eben angestimmte Lied erstirbt langsam. Trübe Gedanken machen sich breit. Warum sind die kleinen Vögel schutzlos den großen Räubern preisgegeben?

*

Ein lauter Ruf von Hilde lenkt unsere Aufmerksamkeit auf einen meterhohen Haufen Tannennadeln. Beim näheren Hinschauen entdecken wir Tausende von Ameisen. Die einen schleppen Tannennadeln und kleine Holzstückchen, andere Ameisenpuppen, hier arbeitet sich eine Anzahl ab, eine tote Schmeißfliege in den Bau zu schleppen, dort kämpfen zwanzig, dreißig Ameisen mit einer großen Raupe; ihr Bäumen und Wenden hilft aber nichts, mit vereinter Kraft wird sie bezwungen. — Trotz Warnung geht Hilde näher und stoßert mit einem Stock im Ameisenhaufen herum. „Dor solch kleinen Tieren habe ich doch keine Angst, was können die mir anhaben.“ Kaum ausgesprochen, schreit sie auch schon auf und zapfelt mit den Beinen, um die Hunderte von Ameisen von ihren florbeleideten Waden loszuwerden. Die verächtlich kleinen Ameisen haben ihr in schmerzhafter Weise eine Lektion erteilt, und sie erfährt, was vereinte Kraft zu leisten imstande ist.

*

Auch der Tannenwald hat ein Ende. Wir treten auf eine große freie Lichtung hinaus, wo die Mittagsrast abgehalten werden soll. Ein Bach windet sich um alte, knorrige Weidenstämme. Im kristallklaren Wasser tummeln sich regenbogenfarbene Forellen und springen nach Fliegen. An der gegenüberliegenden Waldseite befindet sich eine Krähenkolonie. Die Alten bringen dauernd Futter für die Jungen. Da nicht alle zu gleicher Zeit durch das einzige Fernglas beobachten können, wird beschlossen, nach dem Essen uns die Sache näher zu betrachten. Die an sich schon wehrhaften Vögel bauen nämlich zum Schutz meistens gemeinsam. Fünf, zehn und noch mehr Nester befinden sich oft auf einem Baum. Wehe dem Wiesel, Marder oder Raubvogel, welcher sich in der Nähe blicken läßt.

*

Ehe wir noch unseren Dorfsatz ausführen können, erhebt sich drüben ein mördersches Geschrei. Einhundert, zweihundert, nein dreihundert, eine ganze Wolke Krähen fliegen plötzlich über den Bäumen und stoßen auf einen großen braun-grauen Vogel herab, welcher schleunigst die Flucht ergreift. Raubritter Habicht hat heute Unglück. Bei seinem Morgenraubzug machte ihm der waghafte Schwarzamselhahn einen Strich durch die Rechnung, da er die Drosseln warnte. Jetzt hat ihn selbst sein tollkühnes Draufgänger-tum nichts genutzt, Hunderte von Augen sehen mehr als zwei, und Hunderte von Schnäbeln treffen besser als einer. Lange noch war die Krähenkolonie in Aufruhr. Auch wir wurden mit lautem Gekrächze empfangen, und einige tollkühne Krähen stießen sogar auf uns herab. Lange noch hörten wir das Geschrei.

Das Werden einer neuen Ordnung

I.

„Alles fließt. Nichts ist beständig.“ Die Wahrheit dieser Worte, die schon vor Jahrtausenden von dem griechischen Philosophen Heraklit erkannt und ausgesprochen wurde, ist bis heute noch Zeitgenossen besonders in den Reihen der Arbeiterschaft geläufig, die dem skeptischen Gedanken „Es nützt alles nichts — es bleibt doch alles beim alten“ mit einem gewissen Fanatismus huldigen. Nichts ist jedoch irriger als eine derartige Lebensanschauung; da gerade wir in einer Zeit leben, die sich, wie selten eine Periode der Menschheitsgeschichte, durch technische und wirtschaftliche Revolutionen auszeichnet. Gewiß, das Neue, das zugleich ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen sein soll, ist im Tagesgeschehen nicht immer drastisch zu erkennen und mathematisch zu beweisen. Aber es gibt unstrittig eine Reihe wichtiger Merkmale, die einen dauernden und grundlegenden Wandel unserer Lebensverhältnisse erkennen lassen. Einige Beispiele mögen das Gesagte veranschaulichen.

1. Bevölkerung.

Bleiben wir zunächst bei dem Menschen, der das Maß aller Dinge sein und bleiben soll. Dieses Faktum „Mensch“ ist in unserem Gesellschaftsleben nichts Starres, nichts Unveränderliches; denn gemessen an der Zahl der Lebendgeborenen und verglichen mit der jeweiligen Bevölkerungszahl haben wir z. B. in Deutschland seit 1876 einen ständigen Geburtenrückgang aufzuweisen. In welchem Grad geht daraus hervor, daß in den 70er Jahren auf 1000 Einwohner etwa 40 Lebendgeborene, in den letzten Jahren auf die gleiche Zahl dagegen nur noch 20 Lebendgeborene kamen. Trotzdem haben wir im gleichen Zeitraum, und zwar in der Zeit von 1882 bis 1925 eine absolute Vermehrung der Gesamtbevölkerung im Rahmen des jetzigen Reichsgebietes von rund 40 auf 62 Millionen zu verzeichnen. Diese Mehrbevölkerung von über 20 Millionen, in knapp vier Jahrzehnten entstanden, ist besonders durch einen starken Rückgang im Grade der Sterblichkeit möglich geworden. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Zunahme der Bevölkerungsdichte auf begrenztem und aufgeteiltem Lebensraum

2. die Grundlagen der Wirtschaft.

gewaltig verändern mußte. Diese Veränderung bestand vor allem in einem riesenhaften Anwachsen der Industrie und in einer bedeutenden Ausdehnung von Handel und Verkehr. So waren z. B. in Industrie und Handwerk 1882 nahezu 14 Millionen, 1925 dagegen annähernd 26 Millionen Berufszugehörige vorhanden. In der Gruppe Handel und Verkehr ist die prozentuale Zunahme noch stärker, da im gleichen Zeitraum die Zahl der Berufszugehörigen von 3,8 auf 10,5 Millionen stieg. Der Beschäftigungsgrad in der Landwirtschaft mit 14 bis 15 Millionen ist in dieser Zeit dagegen gleichgeblieben bzw. etwas zurückgegangen. Die riesige Ausdehnung des Industrie-, Handels- und Verkehrslebens spiegelt sich auch gleichzeitig im Wachstum der Städte, besonders der Großstädte wider, die im umgekehrten Verhältnis zu früher heute von dem größten Teil der deutschen Bevölkerung bewohnt werden. Mit dieser Wandlung mußte sich auch gleichzeitig

3. die wirtschaftliche Verfassung

ändern. An Stelle der handwerklichen Kleinbetriebe traten Fabriken, Groß- und Riesenbetriebe. In welchem Umfange sich die Größenordnungen änderten, zeigen einige Gegenüberstellungen aus Handwerk und Industrie. Nach den amtlichen Berufszählungen

waren 1882 in Großbetrieben (das sind Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) 1,5 Millionen Personen beschäftigt; 1925 in der gleichen Betriebsgrößenklasse 6,9 Millionen. In Mittelbetrieben, das sind solche mit 6 bis 50 Beschäftigten, ist die Personenzahl in der gleichen Zeit von 1,1 auf 2,8 Millionen gestiegen, während in den Kleinbetrieben bis zu 5 Personen die Beschäftigungsziffer von 3,2 auf 2,8 Millionen zurückgegangen ist.

Aber nicht nur die Entwicklung der Großbetriebe, sondern auch die Entfaltung der Großunternehmungen führte zu einer stärkeren Konzentration der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt. Mangels statistischer Vergleichs sollen hier nur einige Hinweise auf den heutigen Stand dieser Zusammenballung gegeben werden. Ende 1927 zählte man in Deutschland 11 966 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 21 542 Millionen Mark. Darunter waren 156 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 20 und mehr Millionen Mark, mit einer Gesamtbeteiligung von 10 052 Millionen. 2918 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 1 Million bis unter 20 Millionen verfügten über einen Gesamtwert von 9547 Millionen Mark. Daran ersehen wir, daß das wirtschaftliche Besitzrecht in überwiegender Weise heutzutage einigen tausend von Gesellschaften überantwortet ist. Diese Konzentration wird aber noch verstärkt durch zahlreiche Beteiligungen an deren Unternehmungen bzw. durch Fusionen mit solchen. Neben diesen auf Besitz beruhenden Zusammenschlüssen treten schließlich die auf Vertrag basierenden Vereinigungen in Form von Kartellen und ähnlichen Organisationen, deren Zahl man in Deutschland auf etwa 3000 schätzt.

Es bedarf keiner besonderen Darlegungen, daß durch eine derartige Entwicklung

4. die soziale Gliederung

des deutschen Volkes tiefgreifende Wandlungen erfahren mußte. Die Entstehung der Großbetriebe und Großunternehmungen, die einerseits, wie bereits erwähnt, zu einer starken Konzentration wirtschaftlicher Verfügungsgewalt in wenige kapitalisierte Gesellschaften führte, mußte andererseits selbständige kleinbürgerliche Existenzen vernichten und das Heer der Arbeitnehmer, die abhängige Arbeit leisten, in ungeheure Ausmaße wachsen lassen. Nachdem oben, an dem Wachstum der Arbeiterzahl in Großbetrieben das Tempo dieser Entwicklung angedeutet wurde, genügt hier eine kurze Mitteilung über den Stand der gegenwärtigen sozialen Gliederung, wie sie die Berufszählung 1925 erkennen läßt. Danach gibt es in Deutschland rund 14,4 Millionen Arbeiter, 5,2 Millionen Beamte und Angestellte, Hausangestellte 1,3 Millionen, und Berufslose (Rentner, Pensionempfänger) 3,8 Millionen. Selbständige (darunter haben wir nicht nur Eigentümer eines Unternehmens, sondern auch Geschäftsführer, Direktoren und leitende Beamte zu verstehen) gab es 5,5 Millionen. Daneben kennt die Statistik noch eine Gruppe „mithelfende Familienangehörige“, die besonders in der Landwirtschaft stark vertreten ist. Von sämtlichen Erwerbstätigen der angeführten Art waren an Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft 28,4 v. H., in Industrie und Handwerk 84,9 v. H., in Handel und Verkehr 69,4 v. H. vertreten. Der größte Teil des deutschen Volkes ist somit auf die Leistung abhängiger Arbeit angewiesen. — Diese wenigen Beispiele lassen ständige und tiefgreifende Wandlungen unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebensordnung erkennen. J. T.

Der Auskunftsdienst des Internationalen Arbeitsamts

Eine der Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts ist die Sammlung und Weiterverbreitung von Auskünften über alle Gegenstände, die sich auf die internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen.

Der Ausführung dieser Aufgabe dient vor allem eine Bücherei, die gegenwärtig ungefähr 230 000 Nummern umfaßt, wobei sowohl selbständige Bücher und Broschüren, wie auch Zeitschriftenbände und Jahresberichte gezählt sind. Zu dem Bestande der Bücherei gehören neben Schriften aus allen Gebieten der Sozialpolitik auch zahlreiche Veröffentlichungen über Soziologie, Volkswirtschaft, Statistik, Bevölkerungswesen usw. Der Zuwachs betrug 1927 24 174 und 1928 29 919 Nummern. Die Bücherei des früher in Basel bestandenen Arbeitsamts der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wurde käuflich erworben und zu einem Bestandteil der Bücherei des Genfer Amts gemacht.

Die Zahl der von auswärts kommenden Leser, welche die Bücherei zu wissenschaftlichen Arbeiten benutzen dürfen, war im Jahre 1928 249. Davon kamen aus Deutschland 40, aus der Schweiz 66, aus den Vereinigten Staaten von Amerika 33, aus Polen 15, aus Frankreich 14, aus Großbritannien 13. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder. Von den 249 Besuchern waren 91 Studenten und 53 Lehrer und Professoren. Nach auswärts wird von den Beständen der Bücherei grundsätzlich nichts verliehen.

Die Zahl der einlaufenden Zeitungen und Zeitschriften ist von 1571 im Jahre 1924 auf 3409 im Jahre 1928 gestiegen. Im letzten Jahre langten insgesamt 220 300 Nummern von Zeitschriften an. Die wichtigsten in Zeitschriften erscheinenden Artikel werden in einem Zettelkatalog fortlaufend verzeichnet. Bemerkenswerte Artikel der wichtigeren Zeitungen werden ausgeschrieben und den interessierten Dienstabteilungen vorgelegt.

Eine Sammlung typischer Gesamtarbeitsver-

träge aus den wichtigsten Industrieländern, die vor einigen Jahren angelegt wurde, wird ständig ergänzt. Sie ist zwar nicht für alle Länder gleich vollständig, stellt aber immerhin einen wichtigen Arbeitsbehelf dar.

Auskünfte. Die Bücherei und Zeitschriftenammlung werden sowohl für die wissenschaftlichen Arbeiten des Amtes, wie für die Auskunfterteilung ausgewertet. Die gedruckten Unterlagen sind jedoch nicht immer hinreichend, weshalb es häufig erforderlich wird, Angaben von Behörden, Institutionen und Organisationen einzuholen, sei es direkt oder durch Vermittlung der Zweigämter und der Korrespondenten, welche das Amt in den meisten europäischen Hauptstädten und auch außerhalb Europas unterhält. Früher erwachsen der Einholung von Auskünften häufig Schwierigkeiten infolge der Haltung der Arbeitgeber und ihrer Organisationen, welche die Beantwortung von Fragen unterließen oder ablehnten, wenn es sich um Dinge handelte, die für die ausländische Konkurrenz von Interesse sein konnten. Diese Schwierigkeiten treten gegenwärtig nur noch selten auf.

An das Amt gelangen viele Anfragen um Auskünfte. Ihre Zahl betrug im Jahre 1927 920 und im Jahre 1928 mehr als 1000. Davon bezogen sich auf Arbeitsbedingungen 218, auf Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse, Kosten der Lebenshaltung u. dgl. 153, auf Sozialversicherung und Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten 126, auf Betriebshygiene und Sicherheit 96, auf die Internationalen Arbeitskonferenzen und die von ihnen beschlossenen Uebereinkommen und Vorschläge 84, auf das Genossenschaftswesen 60, auf Lehrlingswesen, Berufsberatung, Erziehungswesen 42 usw.

Die meisten Anfragen um Auskünfte kamen aus Frankreich (165), Deutschland (133), Großbritannien (106) und Italien (72). Auch aus Ländern, die der Internationalen Arbeitsorganisation nicht angeschlossen sind, laufen Auskunftsersuchen ein; so kamen im Jahre 1928 60 aus den Vereinigten Staaten von Amerika und 15 aus Rußland. Oft erfordert die Beantwortung von Anfragen nicht nur Nachsuchen von Quellenmaterial, sondern Rückfragen in den Ländern, über welche Auskunft gewünscht wird.

Die Einholung und Erteilung von Auskünften obliegt der Abteilung für Nachrichten und auswärtige Verbindungen; doch werden die Unterlagen für die Beantwortung von Anfragen oft von anderen Abteilungen des Amtes geliefert.

Der allgemeinen Verbreitung sozialpolitischer Kenntnisse dienen die zahlreichen Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes, die teils in Form von größeren Einzelarbeiten erscheinen. Alle Veröffentlichungen werden in französischer und englischer Sprache herausgegeben, die meisten erscheinen in neuer Zeit auch in deutscher Sprache. Monatschriften des Amtes kommen ferner in italienischer und in spanischer Sprache heraus. In spanischer Sprache erscheinen auch verschiedene andere Veröffentlichungen des Amtes.

Pressemittelungen werden in verschiedenen Sprachen an Zeitungen und Zeitschriften versandt, hauptsächlich um das Lesepublikum über die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes und die Fortschritte der internationalen Sozialpolitik zu unterrichten.

Neu ist die Verbreitung von Nachrichten durch den Rundfunk, die bereits in einigen Ländern planmäßig stattfindet. In Deutschland wurde damit erst ein bescheidener Anfang gemacht, doch ist zu erwarten, daß künftig auch hier die regelmäßige Uebermittlung von Mitteilungen des Amtes durch den Rundfunk stattfinden wird.

H. F.

Sür die Frauen

Gesunde Mütter — gesundes Volk

Infolge der Rationalisierung hat die Frauenarbeit in der Industrie an Umfang und Ausdehnung wesentlich zugenommen. Arbeiten, die früher von Facharbeitern ausgeführt wurden, sind in zahlreiche Einzelverrichtungen unterteilt worden, deren einzelne rasch erlernbar ist. Da auch der Transport des Arbeitsgutes in wachsendem Maße durch mechanische Vorrichtungen bewerkstelligt wird, so reichen vielfach die billigeren Arbeitskräfte der Frauen aus. Durch die erwähnte Unterteilung der Arbeit ist aber die Arbeitsanstrengung viel einseitiger geworden und führt dazu, daß immer nur bestimmte beschränkte Muskelgruppen in Anspruch genommen werden. Man begegnet zwar häufig der Meinung, daß häusliche Arbeiten vergleichsweise mindestens ebenso anstrengend seien als irgendeine Arbeitsleistung in Fabrik oder Werkstatt.

Das wäre vielleicht richtig, wenn die Fabrikarbeit sich ebenso wie die häusliche Arbeit nach dem persönlichen Befinden der Arbeiterin richten ließe, wenn sie die gleichen Abwechslungen in der Muskelbeanspruchung geben würde; wenn vor allem die Last der nebenhergehenden häuslichen Arbeit in Wegfall zu bringen wäre.

Es sind heute genug statistische Nachweise dafür vorhanden, daß ebenso wie in anderen Industrieländern, auch in Deutschland bedenkliche Zeichen einer Verschlechterung der Volksgesundheit mit der zunehmenden Industrialisierung aufgetreten sind. Bedenkt man, daß wir heute in Handel und Verkehr, Industrie und Handwerk 4,5 Millionen erwerbstätiger Frauen haben und daß unter diesen gerade bei uns in Deutschland die Zahl der verheirateten besonders hoch ist, höher als etwa in Dänemark, den Niederlanden, England und den Vereinigten Staaten, so ist ohne weiteres klar, daß wir hier ein Problem der Volksgesundheit vor uns haben, da die durch ihre generative Aufgabe bereits belastete Frau ihre Kräfte auf ein außerhalb derselben gelegenes Kraftfeld verschieben muß. So sehen wir denn auch die Krankheitsziffer der Frauen ungünstiger als die der Männer. Namentlich ergibt sich bei einer Verteilung der Erkrankungskhäufigkeit auf die verschiedenen Altersstufen, daß die größte Erkrankungskhäufigkeit der Frauen in den Lebensjahren zwischen 21 und 35 liegt, also in der Zeit der hauptsächlichsten Gebärtätigkeit, auf der Höhe der Geschlechtsentwicklung. Die Gattungsleistungen beanspruchen den Körper der Frau und machen ihn schwächer für die industrielle Leistung; diese ihrerseits verbraucht Kräfte und schwächt für den Gattungsdienst. Ganz abgesehen davon, daß die so eingespannte Frau selbstredend zu stärkerer Willensanstrengung gezwungen ist.

An dieser Lage läßt sich einstweilen nichts ändern. Es heißt eben: Industriearbeit und Brot oder Erwerbslosigkeit und Hunger! Wir müssen uns damit abfinden, daß die Frau und Mutter trotz der daraus entspringenden dreifachen Belastung noch auf unabsehbare Zeit zur Fabrikarbeit wird gehen müssen, wengleich die Vorteile des Mitverdienens unzweifelhaft die Nachteile in volksgesundheitlicher Hinsicht bei weitem nicht aufwiegen.

Es hat sich darum in jüngster Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß wir im Interesse der Volksgesundheit der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Frau mit Rücksicht auf die Mutterchaft eine vermehrte Aufmerksamkeit schuldig sind. Eine Fülle von Bestrebungen nach dieser Richtung haben neuerdings der medizinischen Forschung ein Gebiet eröffnet, für das W. LIEPMANN den Begriff der „Frauenkunde“ geprägt hat. Frauenkunde umfaßt nicht nur die gesamte Kenntnis der körperlichen und seelischen Eigenart der Frau in allen ihren Lebensäußerungen, sie widmet sich in richtiger Einschätzung der Zeitalter der systematischen Erforschung des Einflusses der Fabrikarbeit auf das seelische und körperliche Verhalten der Frau und speziell deren Wirkung auf Verlauf von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.

An der wissenschaftlichen Weiterarbeit der Frauenkunde ist in hohem Maße die Krankenversicherung interessiert, die von ihr Aufschluß darüber erwarten darf, inwieweit Krankheitsziffer und Beruf gerade bei den Frauen in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Es wurde daher im Jahre 1925 vom Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen das Deutsche Institut für Frauenkunde in Berlin ins Leben gerufen, dessen leitender Direktor Prof. Dr. W. LIEPMANN ist. In diesem Forschungsinstitut dürfen wir eine Schöpfung erblicken, die von größter Bedeutung für die ganze arbeitende Frauenwelt zu werden verspricht und daher Anspruch auf ihr ganz besonderes Interesse haben darf.

Um Basis und Wirkungsbereich des Deutschen Instituts für Frauenkunde zu erhöhen, steht es in engster Interessengemeinschaft mit der Frauenklinik und Entbindungsanstalt „Cäcilienhaus“, die bereits im vergangenen Jahre einen bedeutenden Erweiterungsbau notwendig machte, der in jeder Hinsicht Mustergültiges darstellt. Alles Unfreundliche und Monotone ist durch fein abgewogene Farbigkeit und Verschiedenheit der Kachelung aus diesen Räumen verbannt und eine mit der Zweckbestimmung harmonisierende Schönheit der Innendekoration ist geeignet, auf die Psyche der Patientinnen günstig einzuwirken. — Das ebenfalls angegliederte Volksmuseum für Frauenkunde ist in seinem Aufbau inzwischen soweit vorgeschritten, daß die Möglichkeit besteht, diesem einzigartigen und für die Volksbelehrung wertvollen Unternehmen noch in diesem Jahre würdige und dem Publikum offenstehende Räume zu schaffen. — Für die röntgentherapeutische Behandlung ist ein Strahlensinstitut mit modernster Apparatur eingerichtet, das der in jüngster Zeit erkannten überragenden Bedeutung der Röntgen- und Radiumstrahlen für die Behandlung bösartiger Geschwülste in

vollkommenster Weise Rechnung trägt. — Großen Wert legt das Institut auf die Ausbildung von Studierenden und Ärzten. Die pathologisch-anatomische Lehrmittelsammlung wird ständig vergrößert und nach einem neuen Verfahren werden gynäkologisch-geburtshilfliche Lehrfilme hergestellt. Fortbildungswochen, ärztliche Ferienkurse, regelmäßige gynäkologische Konferenzabende versammeln im Institut zahlreiche in- und ausländische Ärzte und Studierende. Praktisch und theoretisch werden die modernen Einrichtungen von Klinik, Laboratorium und Strahleninstitut, werden die Fortschritte auf dem Gebiet der operativen Technik, wie der Radium- und Röntgentherapie vor den Teilnehmern demonstriert. Wertvolles wissenschaftliches Material wird hier zusammengetragen.

Im Kampf um die Gesundheit der Frau erfreut sich das Institut weitest gehender Unterstützung vom Kuratorium, von Krankenkassen, zahlreichen privaten Institutionen, von preussischen und Reichsministerien, so daß es sich zu einem kraftvollen Instrument der Volksgesundheit zu entwickeln verpricht. Nach der außerordentlichen Entfaltung in den ersten Jahren seines Bestehens zu schließen, können wir von dem Deutschen Institut für Frauenkunde in Zukunft erwarten, daß es zu einer Zentrale für alle frauenkundlichen Bestrebungen im Deutschen Reich wird und an erster Stelle führend sich auswirken wird gemäß seinem Wahlspruch: „Gesunde Mütter — gesundes Volk!“

Evamaría Blume.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Gemeinsamer Kampf von freien Gewerkschaften und SPD. um die Arbeitslosenversicherung. In Nummer 35 der „Gewerkschaft“ haben wir ausführlich über den Stand der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung berichtet. Am 27. August 1929 nahm in Berlin eine überaus stark besuchte Funktionärerversammlung der SPD. zu dieser Frage Stellung. Der Vorsitzende des ASB-Bundes, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, hatte dazu das Referat übernommen, dessen Ausführungen wir folgendes entnehmen:

Schon im Jahre 1927, als dieses Gesetz im Reichstag verabschiedet wurde, leitete die deutschnationale Unternehmergruppe, die gegen das Gesetz gestimmt hatte, den Kampf dagegen ein. Aber erst in diesem Frühjahr gingen sie zum offenen Sturm gegen die Arbeitslosenversicherung vor. Mit Hilfe der bürgerlichen Presse schuf man eine Arbeitslosenversicherungspsychose. Die Krise der Natur wurde zur Krise der Sozialversicherung gemacht. Man suchte dem deutschen Bürger beizubringen, daß die Arbeitslosenversicherung Deutschlands Untergang sei. So wurde die psychologische Vorbereitung für den Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung geschaffen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion betonte von Anfang an, daß sie an einer Reform der Arbeitslosenversicherung insofern mitwirken wolle, als offenbare Mängel und Mißbräuche auszumergen seien. Sie erklärte sich sogar dazu bereit, die finanzielle Grundlage der Versicherung durch eine mäßige Beitragserhöhung zu sichern. Aufhäuser schilberte dann weiter die Entwicklung des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung bis zu dem Beschluß des Sachverständigenausschusses, der Vorlage des Genossen Bissell und den Beratungen im Sozialen Ausschuß des Reichstags. Die Erörterungen in diesem Ausschuß haben das Gute für sich gehabt, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde. Bei den Beratungen im Sozialen Ausschuß hat sich aber auch ergeben, daß das Treiben der Kommunisten auch dort nicht halt macht, wo es sich um die Wahrung der vitalsten Interessen leidender deutscher Arbeiter handelt. Man hätte annehmen können, daß die Kommunisten hier, wo es sich um die Verteidigung einer wichtigen sozialpolitischen Errungenschaft handelt, eine Mehrheitsbildung gegen die Abbaupläne ermöglichen würden. Die SPD. hat aber anscheinend die strikte Anweisung, gegen alles zu stimmen, was die Sozialdemokratie oder einer ihrer Minister vorschlägt, auch wenn es sich um Verbesserungen handelt. Von den vielen Beispielen, die Aufhäuser zum Beweise anführte, sei hier nur das eine erwähnt: bei der Abstimmung am Dienstag über die Strafbestimmungen gegen die Unternehmer, die das Gesetz verletzen, haben die Kommunisten gegen das Weiterbestehen dieser Strafbestimmungen gestimmt. Die Kommunisten vergessen ganz, daß in Sowjetrußland die Arbeitslosenversicherung bedeutend schlechter ist als in Deutschland. Dort bekommt z. B. der unqualifizierte Arbeiter die Unterstützung erst nach einem Jahre. Die nichtorganisierten Arbeiter, die die Kommunisten in Deutschland als die „Elitegruppe“ der Arbeiterschaft bezeichnen, müssen in Rußland sogar drei Jahre warten! Saisonarbeiter bekommen in Rußland nur während der Arbeitslosigkeit in der Saison Unterstützung oder wenn sie in der Stadt leben.

Diese Vorgänge zeigen, daß wir in diesem schweren Kampfe alles anbieten müssen, um eine restlose Geschlossenheit bis weit in die Betriebe hinein herbeizuführen. Diese Geschlossenheit brauchen wir, weil jetzt erst der eigentliche Kampf beginnt. Das Entscheidende bei dem gesamten Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist der Vorschlag der Sachverständigen, daß künftig nur noch die Arbeiter die volle Unterstützung bekommen sollen, die 52 Wochen ununterbrochen in Arbeit gestanden haben, während für die Arbeiter, die diese Anwartschaftszeit nicht erfüllt

haben, eine Staffelung der Unterstützungssätze vorgenommen werden soll. In dem Kampf, der um die Abbauvorschläge geführt wird, scheint eine Einigung unmöglich zu sein. Es ist sozial ungerecht, daß man demjenigen, der das Unglück hat, oftmals erbeitslos zu sein, weniger Unterstützung gibt, als dem, der dieses Unglück nicht so oft erleidet. Eine solche Regelung würde auch die älteren Arbeiter schwer treffen, die heute leider meist nur noch kurzfristige Arbeit bekommen. Diese Regelung würde dazu führen, daß der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur noch auf dem Papier stehen würde. Wir haben schon seit Jahren um den Rechtsanspruch der Arbeitslosen auf Unterstützung gekämpft und denken nicht daran, diesen Standpunkt aufzugeben. Käme dieser Vorschlag durch, so würde man bestimmt bald versuchen, auch in der Krankenversicherung das gleiche durchzuführen, nämlich dem, der oft krank ist, weniger Unterstützung zu geben als dem, der sich einer besseren Gesundheit erfreut.

Einer solchen Durchbrechung des Prinzips der heutigen Sozialversicherung könnten und werden wir niemals unsere Zustimmung geben, denn wir würden damit den Unternehmern einen Anreiz bieten, ihre Arbeiter möglichst kurzfristig zu beschäftigen. Das bedeutete auch eine Schädigung des Arbeitsmarktes. In dem Kampf um die Arbeitslosenversicherung können wir die erfreuliche Tatsache feststellen, daß nicht nur die Partei, sondern auch die freien Gewerkschaften eine einheitliche Abwehrfront bilden und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in enger Verbindung mit den Gewerkschaftsinstanzen ihre Forderungen formuliert hat. Wenn die Sozialdemokratie bei dem Beginn des Kampfes erklärt hat, daß sie mit allen ihren Kräften den Abbau der Arbeitslosenversicherung bekämpfen will, so kann sie heute versichern, daß sie dieser Erklärung treu bleiben wird. Sie wird auch die Schwierigkeiten politischer Art in Kauf nehmen, die sich aus dieser Haltung ergeben sollten. Arbeiterinteresse muß schließlich über politische Erwägungen gestellt werden. Wir können auch einmal die Gegenseite vor die entscheidende Frage stellen, ob sie eine politische Krise herbeiführen will. Auch muß endlich etwas geschehen hinsichtlich der Vergütung der öffentlichen Aufträge. Mit dieser braucht man nicht so lange zurückzuhalten, bis eine gute Konjunktur vorhanden ist. Ebenso soll man auch in ausreichendem Maße Reichsmittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, und dadurch für die Belebung des Arbeitsmarktes Sorge tragen. Wenn man in den letzten zwei Jahren der Privatwirtschaft Millionen über Millionen gegeben hat, ist es unverständlich, daß man nunmehr verlangt, daß sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung auf einmal aus dem Beitragsaufkommen selbst unterhält. Unsere Regierungsbeteiligung ist mit der Entscheidung des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung eng verbunden. Wir können von unserer Fraktion sagen, daß wir alles getan haben, um eine mögliche und tragbare Reform der Arbeitslosenversicherung zu erzielen. Wir werden uns dieser Aufgabe auch weiterhin nicht entziehen. Aber trotz all dieser Bemühungen bleiben wir uns der Widerstände bewußt, die wir in dieser Frage in den nächsten Tagen und Wochen zu überwinden haben. Die Handlungen, die unsere Partei jetzt vorzunehmen hat, sind zwangsläufig diktiert. Gegenüber der Gefahr, daß über die Arbeitslosenversicherung die ganze Sozialversicherung zurückgeschraubt werden soll, gibt es nur einen Kampf bis zum äußersten zu führen!

Eine im Sinne des Referats gehaltene Entscheidung fand einstimmige Annahme.

Reichs- und Staatsarbeiter

Ausbau der Unfallverhütung. Im Bereich des Reichsverkehrsministeriums war es bisher äußerst schwierig, durchgreifende Maßnahmen zu veranlassen, um die Unfallgefahr zu vermindern. Es lag dies einerseits an den zerplitterten Verwaltungsverhältnissen und zum anderen an dem mangelnden Interesse der Kollegenenschaft. Um nun die Unfallgefahr wirkungsvoll bekämpfen zu können, ist es erforderlich, daß den Betriebsvertretungen alle Unfälle bekannt werden. Die örtlichen und die Bezirksbetriebsräte müssen vor allen Dingen nun ernstlich daran gehen, durch geeignete Vorschläge der Verwaltung gegenüber die Gesundheit und das Leben der Kollegenchaft zu schützen. Gemäß § 78 Ziffer 6 des Betriebsrätegesetzes hat der Arbeiter- und Angestelltenrat die Pflicht, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr zu achten. Da bisher die örtlichen Dienststellen der Verwaltung es geistlich unterließen, die Betriebsvertretungen in dieser Frage mitwirken zu lassen, hat das Reichsverkehrsministerium den nachfolgenden Erlaß unter W. II. P. 8. 3072. II. Ang. herausgegeben.

Betrifft: Zusammensetzende Bearbeitung der Unfallverhütungsfragen.

„Die Erhebungen während der letzten zwei Jahre über Zahl und Art der Betriebsunfälle innerhalb der Reichswasserstraßenverwaltung haben zwar ergeben, daß die Zahl der schweren Unfälle im Vergleich zu der Gesamtzahl aller Unfälle erfreulich niedrig ist. Gleichwohl bleibt die Gesamtzahl der Unfälle in einzelnen Bezirken noch immer eine sehr erhebliche; z. T. ist sie sogar noch im Zunehmen begriffen. Es erscheint deshalb geboten, daß die Mittelbehörden der Unfallverhütung ständige und vermehrte Aufmerksamkeit zuwenden. Ich erlaube deshalb, die gesamten Fragen der Unfallverhütung in Ihrem Geschäftsbereich zusammenzufassen und sie einem Sachbearbeiter zur einheitlichen Erledigung zu übertragen, der sich mit den

übrigen Sachbearbeitern und den Vorständen der örtlichen Behörden in ständiger Fühlung zu halten und namentlich auch die vorkommenden Unfälle unter dem Gesichtspunkt der Unfallverhütung entsprechend auszuwerten hat. Besonders erwünscht ist auf dem Gebiete der Unfallverhütung auch die Mitarbeit des Personals selbst. Das Betriebsrätegesetz sieht demgemäß im § 66 Ziff. 8 eine gewisse Mitwirkung der Betriebsvertretungen bei der Bekämpfung der Unfälle und Gesundheitsgefahren im Betriebe vor. Der zur Bearbeitung der Unfallverhütungstragen bestellte Sachbearbeiter hat deshalb mit den Betriebsvertretungen die Fühlung aufzunehmen und zunächst sicherzustellen, daß Anregungen aus dem Kreise des Personals über Maßnahmen zur Unfallverhütung ihm jeweils unverzüglich übermittelt werden. — Die Einzelheiten dieser Regelung bleiben den Mittelbehörden überlassen, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß es nicht beabsichtigt ist, mit der Neuregelung eine große Vermehrung der Verwaltungsarbeit herbeizuführen. Bei geschickter Bearbeitung werden die beauftragten Sachbearbeiter die Fragen der Unfallverhütung unschwer neben ihren sonstigen Dienstgeschäften erledigen, insbesondere örtliche Besprechungen und Besichtigungen gelegentlich anderer Dienstreisen mit durchführen können. Auch die Zusammenarbeit mit dem Personal hat sich in einfachsten Formen zu vollziehen unter Anpassung an den schon bisher üblichen Geschäftsverkehr zwischen den Betriebsvertretungen und der Verwaltung. Für die zentrale Bearbeitung der Unfallverhütungstragen im Reichsverkehrsministerium genügt es vorerst, wenn über schwere Unfälle, d. h. über Unfälle mit tödlichem Ausgang oder über Unfälle, die den Verlust von Gliedmaßen zur Folge gehabt, zu sofortigen Operationen oder zur Ueberführung ins Krankenhaus geführt haben und ähnliches, mit einer Abschrift der Unfallanzeige unter Beifügung einer Äußerung der Betriebsvertretung über die Möglichkeit der Unfallverhütung und einer Stellungnahme der Mittelbehörde dazu überandt wird. Ueber das Veranlaßte er suche ich bis spätestens 10. Oktober 1929 kurz zu berichten und dabei gleichzeitig anzugeben, welcher Sachbearbeiter mit der zusammenfassenden Bearbeitung der Unfallverhütungstragen beauftragt worden ist."

In der 21. Vollziehung des Hauptbetriebsrats wurde auch darüber beraten — um die Todesfälle durch Ertrinken zu verhindern —, ob es durchführbar ist, daß jeder Kollege, der auf einem Binnen- oder Seefahrzeug beschäftigt wird, des Schwimmens kundig sein muß. Die Betriebsvertretungen haben deshalb ernstlich zu prüfen, ob von den Kollegen Schiffsbesatzung verlangt werden kann, daß sie alle schwimmen können oder ob es genügt, daß nur einige Kollegen zur Rettung der übrigen im Rettungsschwimmen ausgebildet werden. Es kommt jetzt nur darauf an, daß die Kollegen Betriebsratsmitglieder, gestützt auf diesen Erlass, sich gegenüber der Verwaltung durchsetzen.

Sandstraßenwärter

Allenstein (Ostpr.). In der Betriebsversammlung der Kreisstraßenwärter und ständigen anders beschäftigten Arbeiter des Kreises Allenstein am 25. August sprach Kollege **Wenglowski** über die kommende Lohn- und Arbeitszeitregelung. Die nächste Lohnerhöhung wird voraussichtlich 1½ bis 1¾ Pf. pro Stunde betragen. Das Lohnabkommen läuft dann bis April nächsten Jahres. Der Redner wies darauf hin, daß immerhin die Löhne des Kreises Allenstein mit an der Spitze in Südostproußen stehen, und schilderte, mit welcher Raffinesse einige Kreise ihre Straßenwärter zu Unterschriften zwangen, durch die sie sich verpflichten, für einen Hungerlohn zu arbeiten. Da in diesen Kreisen nur ein verschwindend kleiner Teil der Straßenwärter organisiert ist, war dies allerdings keine große Kunst. Nach der neuen Arbeitszeitregelung, laut der die Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt acht Stunden den Tag beträgt, sollte im Monat August neun Stunden gearbeitet werden. Da aber die Verordnung bis dahin immer noch nicht an die Straßenwärter herausgegeben war, mußten diese weiter wie im Vormonat zehn Stunden arbeiten. Nachdem Kollege **W.** und der Betriebsrat bei dem Kreisbauamt darauf gedrungen haben, werden die zuviel gearbeiteten Stunden im September abgefeiert.

Bernstadt. In der stark besuchten Versammlung der Landstraßenwärter am 26. August 1929 sprach Kollege **Will-Breslau** über „den letzten Lohnabschluß für die Landstraßenwärter des Regierungsbezirks Breslau“. Allgemein wurde das vom Verband Erreichte gewürdigt. Besonders hoben die Kollegen hervor, daß schon mancher Fortschritt für die Straßenwärter erzielt wurde durch den Anschluß an unsere Organisation. Der Vertreter der Bezirksleitung hielt ein kurzes Referat über die Zusammenschlußverhandlungen der drei in Frage kommenden Verbände. Die Versammlung war einstimmig für die Verschmelzung. Nach Erledigung verschiedener interner Betriebs- und Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Appell, dafür zu sorgen, daß alle Landstraßenwärter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beitreten.

Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Bayern. Die am 18. August d. J. in Nürnberg abgehaltene Konferenz, in welcher Kollege **Stetter** vom Verbandsvorstand über die bevorstehende Zusammenfassung der drei Verbände sprach, war von 95 Delegierten, 14 Gastdelegierten und den Mitgliedern des Wirtschaftsbezirksvorstandes besucht. Ausgehend von den Beschlüssen unserer letzten Verbandstage, berichtete Kollege **Stetter** über die geführten Kommissionsverhandlungen und den nunmehr vorliegenden Ergebnissen. Die Verbandsbeiräte der drei Organisationen haben den Kommissionsergebnissen, die in einer Vorlage zusammengefaßt sind, zugestimmt. Redner besprach hierauf im einzelnen die Vorlage, die sich mit dem Aufbau, der Verwaltung und Gliederung des neuen Verbandes in Reichsabteilungen und Fachgruppen befaßt. Auch über das Beitrags- und Unterstützungsweisen im neuen Verbande machte der Referent sachdienliche Ausführungen und verbreitete sich am Schluß insbesondere über die Zweckmäßigkeitsgründe, die zur Zusammenlegung der drei Verbände führen. In der sich anschließenden Diskussion, die äußerst rege war, wurde zum Teil die Auffassung vertreten, es soll die Mitgliedschaft durch Urabstimmung über die Verschmelzung entscheiden. Ein Teil der Redner, sowie Kollege **Stetter** sprachen sich gegen die Urabstimmung aus. Dennoch wurde in der Abstimmung ein dahingehender Antrag der Filialen München und Nürnberg mit 46 gegen 35 Stimmen angenommen. Im ferneren Verlauf der Konferenz gab **Gaulleiter Kemmer** den Kaszenbericht, welcher vom Kollegen **Holke** als Revisor bestätigt wurde. Damit waren die Arbeiten der 2. Wirtschaftsbezirkskonferenz beendet, die Kollege **Weiß** mit einem Appell an die Teilnehmer zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit schloß.

Stuttgart. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 14. August gab Kollege **Bayh** ein eingehendes Referat über die feither getätigten Verhandlungen mit dem Verkehrsband und dem Gärtnerverband. Einmütig stimmte die Versammlung der Verschmelzung zu, dabei war aber auch die Stellungnahme der Kommunisten interessant. Kollege **Schneider**, der Sprecher der Opposition, erklärte unter anderem wörtlich: „Wir begrüßen die Verschmelzung und freuen uns, daß es unserem steten Drängen zu verdanken ist, daß die Verschmelzung mit dem Verkehrsband in greifbare Nähe gerückt ist. Wir bedauern, daß der Eisenbahnerverband den Rückzug angetreten hat und hoffen, daß er sich bald eines besseren besinnen wird.“ Ein Antrag, betreffend Urwahl der Delegierten und Urabstimmung über die Verschmelzungsfrage, wurde nicht gestellt, so daß die Wahl der Delegierten in der Mitgliederversammlung durchgeführt werden konnte. Hat es nun die Opposition gereut, einmal sachlich und objektiv zu den Dingen Stellung genommen zu haben oder wurde sie nachträglich darauf aufmerksam gemacht, daß sie diesmal aus der Rolle gefallen ist. Kurzum, sie entdeckte ihren „revolutionären“ Charakter doch wieder und gab genau sechs Tage später die Parole heraus „Zerschlagung der sozialimperialistischen Konzentration“. Schade, die Stuttgarter Gemeindegewerkschaften haben sich zu früh gefreut, daß die Kommunisten beginnen vernünftig zu werden.

Rundschau

Zahlen von der Volksfürsorge. Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge ist heute eins der größten Versicherungsunternehmen und die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Im Monatsdurchschnitt wurden Versicherungsanträge gestellt: 1924: 5385; 1925: 17 226; 1926: 20 935; 1927: 31 383; 1928: 45 871; 1929: bis jetzt etwas über 50 000. Der Versicherungsbestand wuchs an:

Bis Ende des Jahres	Policen	Versicherungssumme in Mk.
1924	416 920	110 857 272
1925	553 419	169 477 525
1926	733 738	246 713 017
1927	1 039 726	388 779 246
1928	1 470 140	581 707 735
1929 bis jetzt	1 750 000	700 000 000

Das Vermögen der Gesellschaft stieg im Jahre 1924 auf 5,5 Millionen Mark, im Jahre 1925 auf 12,5 Millionen Mark, im Jahre 1926 auf 22 Millionen Mark, im Jahre 1927 auf 30 Millionen Mark, im Jahre 1928 auf 54 Millionen Mark und dürfte Ende 1929 an 90 Millionen Mark herankommen. — Die Volksfürsorge ist ein Versicherungsunternehmen, das sowohl organisatorisch als auch finanziell gut fundiert ist. Ihre Aussichten für die Zukunft sind die allerbesten, weil das große Heer der Werktätigen in Stadt und Land immer mehr sich der Volksfürsorge zuwendet.